

mußte der Versuch der Reform des ökonomischen Systems scheitern. Auch in der Praxis nimmt man es zurück und wendet sich in breiter Front erneut dem System der Befehle und Anordnungen zu, dessen Widersprüchlichkeit und Ineffektivität in den 50-er und 60-er Jahren hinreichend enthüllt wurde.

Die zunehmende Stratifikation (Schichtung) der Gesellschaft ist gleichfalls beunruhigend, die Existenz privilegierter Gruppen und gleichzeitig die nicht zu bestreitende Tatsache nicht kleiner Notstandsgebiete. Zu wenig wird in der Richtung einer Beendigung der Wohnungsnot getan, die man noch viel unzureichender bekämpft als das zunehmende Problem des Alkoholismus. Beide Probleme sind ungewöhnlich schwierig, und vielleicht fehlt es noch an Mitteln, sie endgültig zu lösen. Aber auch das Krebsgeschwür, das Korruption heißt, kann ich nicht mit Schweigen übergehen.

Die durch die Erfolge des letzten Jahrzehnts entstandene Euphorie behindert die Wahrnehmung negativer Erscheinungen, und die Zensur wacht darüber, daß Informationen über Gebiete, um die es schlecht bestellt ist, nicht publik werden.

Das Ziel des Sozialismus ist die Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse auf eine solche Weise, die den Menschen eine echte allseitige Entwicklung ermöglicht, die ihnen die Möglichkeit gibt, im Wohlstand zu leben und sich gleichzeitig geistig zu bereichern, aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, ihnen nicht das Gefühl zu geben, daß ihr Leben den Inhalt verloren hat und sie in die Einsamkeit oder ein blindes Dasein in einem Meer von Unsicherheit und Verzweiflung treibt.

Man kann den Sozialismus nicht dekretieren. Er muß wachsen, und wachsen kann er nur durch freies Handeln freier Menschen. Es ist eine hoffnungsvolle Tatsache, daß es nach 30 Jahren politischer Praxis, die ich mich bemüht habe hier zu beschreiben, noch immer Menschen gibt, die Mut zum Denken und Tun haben.

Ich bin tief davon überzeugt, daß die Erneuerungsbewegung immer stärker wird, daß die neuliche Verschärfung der Repressionen sie nicht aufhalten vermögen, obwohl sie so bedrohlich für die Gesellschaft und die Sache des Sozialismus sind.

Ich kann leider diesen Brief nicht auf Probleme allgemeiner Art beschließen. Unser Leben ist überreich an Widersinn und menschlichen Tragödien, als daß ich darüber zur Tagesordnung übergehen könnte. Bis zum heutigen Tag ist die Möglichkeit, wissenschaftlich zu arbeiten, einem gewissen Ökonomen (Dr. habil.) aus Kraków verweigert, der im Rahmen der antirevisionistischen und antisemitischen Klüßchen im März 1968 beurlaubt wurde. Bis heute können Kołakowski, Brus und andere, die damals ihre Lehrtühle verloren haben, ihre wissenschaftliche Arbeit im Lande nicht fortsetzen.

Neulich ist die schwarze Liste derer, die nicht publizieren und öffentlich auftreten dürfen, erneut verlängert worden, und zwar um die Namen der Schriftsteller, Schauspieler und Gelehrten, die Proteste gegen die Änderung der Verfassung verfaßten oder unterzeichneten. Viele Unterzeichner dieser Briefe wurden durch Funktionäre des Sicherheitsdienstes verhört, einigen droht die Entlassung aus der Arbeit oder die Exmatrikulation vom Studium, andere wurden verleumdet durch Unterstellungen und Provokationen. Regisseur Jerzy Markuszewski, der mit mir gemeinsam den sog. "Brief der 59" unterschrieben hat, wurde praktisch mit Berufsverbot belegt.

Vielen jungen Menschen wird eine vertrauliche Zusammenarbeit mit

dem Sicherheitsdienst angetragen, d.h. ein hochbezahltes Ansehen von nicht richtig denkenden Kollegen. Im Fall der Ablehnung drohen ihnen der Verlust der Arbeit, Relegierung vom Studium, Schikane anderer Art.

Unlängst wurde der Student des 3. Studienjahres, Jacek Smykała, an der Medizinischen Akademie Saccocin ohne Disziplinarverfahren exmatriculiert, weil er es ablehnte, sich einem Verhör des Sicherheitsdienstes zu Äußerungen in Seminaren der Politikwissenschaft zu bekennen. Ich zitiere die satliche Begründung der Entscheidung des Rektors: "... die Äußerungen des Beschuldigten wurden in Anwesenheit von 30 Personen der Gruppe B gemacht. Sie waren voll aggressiver Dynamik, vorgebracht in Bekenntnissen, die einen destruktiven Einfluß auf die Weltanschauung und die Grundhaltung der Kommilitonen und Kommilitoninnen haben mußten und in den Köpfen der Hörer unnötige Zweifel und sogar ein entstelltes Bild unserer Wirklichkeit hervorriefen. Darüber hinaus leistete der Beschuldigte passiven Widerstand während des Verhörs des Sicherheitsdienstes durch seine geringgeschätzte, mißachtende Haltung und ~~mit~~ offenbarte einen völligen Mangel an staatsbürgerlicher Disziplin gegenüber den Mitarbeitern des Sicherheitsdienstes."

Im Untersuchungsgefängnis Lublin wartet seit 5 Monaten der schwerkranke Stanisław Kruszyński, Student des 5. Studienjahres der KUL (katholische Universität Lublin; d.Ü.) auf seine Verhandlung. Er ist angeklagt, in Privatbriefen an seine Frau und seinen Bruder "falsche Informationen verbreitet zu haben, die den Interessen Polens schweren Schaden zufügen können".

In diesem Jahr begehe ich das 70-jährige Jubiläum meiner Tätigkeit als Sozialist. In dem Staat jedoch, der den Sozialismus befohlen hat, ist für meine Erfahrungen und Überlegungen kein Platz. Vortragstätigkeit ist mir verboten. Es ist nicht gestattet, mich in der Presse zu zitieren, nicht zu reden vom Druck meiner Arbeiten. Die Herausgabe meines Buches im Staatlichen Ökonomischen Verlag wird nicht genehmigt. Es hätte ein Jubiläumsbuch werden können...

Hochverehrter Genosse Erster Sekretär, Polen befindet sich gegenwärtig in einer schwierigen Lage. Wir haben riesige wirtschaftliche Probleme als größer werdende Folgen des zunehmenden Chaos, der Inflation, der notwendigen Rückzahlungen der Auslandsschulden. Wir planen kein wirksames System der Leitung unserer Volkswirtschaft. Unser politisches System ist anachronistisch: es macht eine sachgerechte Auswahl der Kader unmöglich, fördert Mittelmäßigkeit und Karrieristen, bremst jegliches Schöpferium in Kultur und Wissenschaft, weckt Gefühle der Frustration und Gleichgültigkeit der Menschen, denen der Einfluß auf den Gang der Dinge entzogen ist. Wir sind ein von den angrenzenden Mächten abhängiges Volk mit allen dessen Folgen. Fundamentale Änderungen oder wenigstens deren ausdrücklicher Beginn sind notwendig. Im entgegengesetzten Falle läßt sich eine Tragödie nicht abwenden, die Formen heftiger Unruhen annehmen kann oder eine Rückkehr zu stalinistischen Herrschaftsmethoden bedeutet. Das eine wie das andere muß im Namen der elementaren Interessen des polnischen Volkes und im Namen des Sozialismus um jeden Preis verhindert werden. Ich glaube, daß der Sozialismus nach wie vor eine gestaltende Idee des Strebens eines beträchtlichen Teiles unserer Gesellschaft ist. Aber diese Idee wird einer Erosion unterliegen, wenn die gesellschaftliche Praxis, die sich sozialistisch nennt, so bleibt, wie sie heute ist.

Ich weiß darüberhinaus gut, daß selbst der Beginn der grundlegenden Veränderungen ungewöhnlich schwer ~~ist~~ ist. Ich weiß, wie wenig real es gegenwärtig ist, die volle Souveränität wieder zu erlangen. Aber

ich weiß ebenso, daß gewisse positive Änderungen möglich sind, wenn die an der Spitze des Staates stehenden Vertreter genügend Mut, Charakter und politischen Verstand finden, um aktiv zu werden für den Ausbau unserer Unabhängigkeit. In diesem Bemühen werden sie die volle Unterstützung der Gesellschaft vorfinden ebenso wie in der demokratischen Evolution unseres politischen Systems. Allerdings wird von der Geschichte hart verurteilt, wer die Interessen des Landes und des Sozialismus der eigenen Bequemlichkeit und partiellen Machtinteressen unterordnet.

gez. Edward Lipiński

Anmerkung:

Das polnische Wort społeczny wurde durchweg mit "gesellschaftlich" oder "Gesellschafts..." übersetzt. Es bedeutet aber auch "sozial"; z.B. kann man also "nauka społeczna" statt mit "Gesellschaftswissenschaften" auch mit "Sozialwissenschaften" übersetzen.

ABSCHEIDUNG der CHARTA 77 (Name ZURÜCKGEHT) Seite 2. 23./24. Jan. 77

Mit Datum vom 1. Januar ist vestlichen Zeitungen ein von namhafte Prager Intellektuellen unterschriebenes Papier übergeben worden, das seither weitere Kreise zieht. Im Folgenden der Wortlaut.

(Bei dem zwei immer wieder erscheinenden "Internationalen Pakten" handelt es sich um 2 UN-Konventionen, die 1966 von der Generalversammlung angenommen und zur Unterschrift vorgelegt wurden.

Am 15.10.76 wurden in der Sammlung der Gesetze der Tschechoslowakei (Nr.180) der "Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte" sowie der "Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte" veröffentlicht, beide im Jahre 1966 im Namen unserer Republik unterschrieben, im Jahre 1976 in Helsinki bestätigt und bei uns am 23.3.1976 in Kraft gesetzt. Seither haben auch unsere Bürger das Recht und unserer Staat die Pflicht, sich danach zu richten. Die Freiheiten und Rechte, die in diesen beiden wichtigen Pakten garantiert werden, sind wichtige zivilisationsrechtliche Werte, auf die in der Geschichte das Bewusstsein vieler fortschrittlichen Kräfte gerichtet war, und deren Kodifizierung die humane Entwicklung bedeuten können. Daher begrüßen wir, daß die Tschechoslowakei diesen Pakten beigetreten ist.

Diese Veröffentlichung ruft uns aber mit neuer Eindringlichkeit in Erinnerung, wie viele Grundrechte des Bürgers in unserem Lande verstoßen - leider - nur auf dem Papier gelten. Völlig illusorisch ist z.B. das Recht auf freie Meinungsäußerung, das in Art. 19 des ersten Paktes garantiert wird:

Zehntausenden von Bürgern wird es nur deshalb unmöglich gemacht, in ihrem Fach zu arbeiten, weil sie Ansichten vertreten, die sich von dem offiziellen unterscheiden; zudem werden sie häufig Objekt vielfältigster Diskriminierung und Schikane seitens der Behörden und der gesellschaftlichen Organe; je nach Möglichkeit der Verteidigung beraubt, werden sie praktisch zu Opfern einer Apartheid. Hunderttausenden anderen Bürgern wird die "Freiheit von Furcht" (Prinzip 2.1. des Paktes) verweigert, weil sie gezwungen sind, in der beständigen Gefahr zu leben, Arbeits- und andere Möglichkeiten zu verlieren, falls sie ihre Meinung äußern.

In Widerspruch zu Art. 13 des 2. Paktes, der allen das Recht auf Bildung zusichert, werden zahllose Menschen nur wegen ihrer Ansichten oder der Ansichten ihrer Eltern nicht zum Studium zugelassen. Unschuldige Bürger müssen in der Furcht leben, daß, falls sie sich ihren Überzeugungen entsprechend äußern, sie und ihren Kinder das Recht auf Bildung beraubt werden können.

Die Geltendmachung des Rechts "Informationen und Gedanken jeder Art ohne Rücksicht auf Grenzen zu ermitteln, einzuholen und zu verbreiten, sei es mündlich, schriftlich, oder in gedruckter Form" oder vermittelst der Kunst" (Punkt 2 des 1. Paktes) wird nicht nur unbeweglich, sondern auch gerichtlich verfolgt, häufig unter dem Deckmantel krimineller Beschuldigungen (wovon u.a. die eben gegen junge Musiker geführten Prozesse zeugen).

Die Freiheit der öffentlichen Meinungsäußerung wird von der Zentralverwaltung aller Kommunikationsmittel sowie der publizistischen und kulturellen Einrichtungen unterdrückt. Keine polit., philosophische oder wissenschaftliche Ansicht, auch keine künstlerische Äußerung, die nur ein wenig vom engen Rahmen der offiziellen Ideologie oder Ästhetik abweicht, kann veröffentlicht werden; öffentliche Kritik an gesellschaftlichen Erscheinungen wird unmöglich gemacht; die Möglichkeit öffentlicher Verteidigung gegen unwahre und beleidigende Aussagen seitens der offiziellen Propaganda ist ausgeschlossen (Ein gesetzlicher Schutz vor "Angriffen auf Ehre und Leben" von Art. 17 des 1. Paktes eindeutig garantiert, existiert in der Praxis nicht); Wissenschaftler, Künstler, Schriftsteller, Journalisten, die sich nicht widerlegen, und vorzüglich ist jeder Versuch, auf dem Gerichtsweg Abhilfe oder eine Lichtgabelung zu erwirken. In Bereich geistigen und kulturellen Schaffens ist eine offene Diskriminierung ausgeschlossen. Viele wissenschaftlich und kulturell tätige sowie andere Bürger werden nur deshalb diskriminiert, weil sie vor Jahren veröffentlicht oder offen ausgesprochen haben, die von der gegenwärtigen polit. Macht verurteilt werden.

Die Bekenntnisfreiheit, ausdrücklich in Artikel 18 des 1. Paktes zugesichert, wird von nachbarlicher Willkür systematisch eingeschränkt: Durch Beschuldigung von Geistlichen, Überdies demnach die Furcht des Verlustes der staatlichen Billigung der Ausübung ihrer Funktion schwebt; durch existentielle oder andere Repressionen gegenüber Familien, die ihre religiösen Bekenntnisse durch Wort und Tat bekunden; durch Unterdrückung des Religionsunterrichts oder Ähnliches.

Dokument 13: Abschrift der Charta 77 (Naumburger Menschenrechtsgruppe, Ende Januar 1977)

Das Instrument der Einschränkung und häufig auch der völligen Unterdrückung einer Reihe von bürgerlichen Rechten ist ein System faktischer Einwirkung sämtlicher Institutionen und Organisationen im Staat unter die polit. Direktiven des p Apparates der regierenden Partei und unter die Beschlüsse nachstehender einflussreicher Einzelpersonen.

Die Verfassung der GDSR, andere Gesetze und Rechtsnormen regulieren zwar Inhalt und Form auch Gestaltung und Anwendung solcher Beschlüsse, sie werden vorwiegend hinter dem Kulissen, oft nur mündlich, gefasst, sind dem Bürger insgesamt unbekannt und von ihm nicht kontrollierbar; ihre Urheber sind niemandem verantwortlich als sich selbst und ihrer eigenen Hierarchie; dabei beeinflussen sie jedoch auf entscheidende Weise die Tätigkeit legislativer und exekutiver Organe von Staatsverwaltung, Justiz, Gewerkschafts-, Interessen- sowie alle anderen gesellschaftlichen Organisationen anderer polit. Parteien, Unternehmern, Firmen, Anstalten, Behörden, Schulen und weiteren Einrichtungen, wobei ihre Anforderungen selbst vor dem Gesetz Vorrang genießen. Geraten Organe oder Bürger bei der Auslegung ihrer Pflichten in Widerspruch zur Direktive, können sie sich an keine unparteiliche Instanz wenden, weil keine existiert. Durch all die werden ernstlich ihre Rechte eingeschränkt, die sich aus Art. 21 und Art. 22 des I-Paktes ergeben (Versammlungsfreiheit und das Verbot jeder der Einschränkung von deren Ausübung.) sowie aus Art. 25 (Gleichheit des Rechts, sich an der Führung offizieller Angelegenheiten zu beteiligen) und aus Art. 26 (Gleichheit vor dem Gesetz). Dieser Zustand v verachtet es den Arbeitern und anderen Berufstätigen, aus Selbst ihrer wirtschaftlichen und Interessen ohne jedwede Einschränkung gewerkschaftliche und andere Organisationen zu gründen und frei das Streikrecht auszuüben (Punkt 3 des Art. 8 des 2-Paktes).

Weitere Bürgerrechte, einschließlich des ausdrücklichen Verbotes "willkürlicher Eingriffe in Privatsphäre, Familie, Heim oder Korrespondenz" (Art. 17 des I-Paktes), werden auch dadurch, daß das Innenministerium auf unterschiedlichste Weise das Leben der Bürger kontrolliert, z.B. durch Abhören von Telefonen und Wohnungen, durch Kontrolle der Post, durch persönliche Überwachung, durch Hausdurchsuchungen, durch Ausfüllen eines Netzes von Informanten aus dem Reihen der Bevölkerung (oft vermittelt durch staatliche Prokuren oder Angehörige Versprechungen gewonnen) und so weiter. Oft greift das Innenministerium dabei in die Entscheidungen von Arbeitgebern ein, inspiriert diskriminierende Aktionen von Behörden und Organen, beeinflusst Justizorgane und leitet auch Propagandakampagnen der öffentlichen Kommunikationsmittel. Diese Tätigkeit wird nicht von dem G Gesetz geregelt, sie ist geheim und der Bürger kann sich auf keine Art dagegen wehren.

In Fällen politisch motivierter Strafverfolgung verletzen Ermittlungs- und Justizorgane das Recht der Beschuldigten und p ihrer Verteidigung, die in Art. 14 des I-Paktes sowie von dem Technischen Gesetz geschützt werden. In dem Gefängnis behandelt man solcherart verurteilte Menschen auf eine Weise, welche die "menschenswürde der Inhaftierten verletzt, ihre Gesundheit gefährdet und darauf abzielt, sie moralisch zu zerstören.

Allgemein verletzt wird auch Punkt Art. 12 des I-Paktes, der den Bürgern das Recht garantiert sein Land frei zu verlassen; unter dem Vorwand des "Schutzes der nationalen Sicherheit" (Punkt 3) wird dieses Recht an verschiedenen unstatthafter Bedingungen geknüpft.

Willkürlich verfahren wird auch bei der Erteilung von +reisevisa an Angehörige fremder Staaten, von denen viele die Tschechoslowakei nur deshalb nicht besuchen können, weil sie beruflich oder freundschaftlich mit bei uns diskriminierten Personen verkehrt haben.

Manche Bürger weisen, sei es privat, am Arbeitsplatz oder öffentlich, was praktisch nur in ausnahmsweisen Kommunikationsmitteln möglich ist - auf systematische Verletzung der Menschenrechte und der demokratischen Freiheiten hin und fordern in konkreten Fällen Abhilfe; ihre Stimme findet jedoch meist keinen Widerhall, oder sie werden zum Gegenstand von Ermittlungen.

Die Verantwortung für die Einhaltung der Bürgerrechte in unserem Land obliegt selbstverständlich vor allem der polit. und staatlichen Macht. Aber nicht nur ihr. Jeder trägt sein Teil Verantwortung für die allgemeinen Verhältnisse und somit auch für die Einhaltung spezifischer Pakte, die übrigens nicht nur Regierungen, sondern alle Bürger verpflichten. Das Gefühl dieser Verantwortlichkeit, der Glaube an den Sinn bürgerlichen Engagements und der Wille dazu sowie das gemeinsame Bedürfnis, dafür einen neuen und wirklichen Ausdruck zu finden, hat uns auf dem Gedanken gebracht, CHARTA 77 zu bilden, deren Entstehung wir heute öffentlich anzeigen.

CHARTA 77

CHARTA 77 ist eine freie, informelle und offene Gemeinschaft von Menschen verschiedener Überzeugungen, verschiedener Religionen und verschiedener Berufe, verbunden durch den Willen, sich einzeln und gemeinsam für die Respektierung der Bürger- und der Menschenrechte in unserem Land und in der Welt einzusetzen - jenseits der Grenzen, die den Menschen von beiden internationalen Pakten, von der Abschlusssakte von Helsinki, von zahlreichen weiteren internationalen Dokumenten gegen Krieg, Gewaltanwendung und soziale und geistige Unterdrückung angestanden werden und die zusammenfassend von der Allgemeinen Erklärung der "Menschenrechte" der UNO zum Ausdruck gebracht werden.

CHARTA 77 fasst auf dem Boden der Solidarität und Freundschaft von Menschen, die von der gemeinsamen Sorge um das Geschick der Ideale bewegt werden, mit denen sie ihr Leben und ihre Arbeit verbunden haben und sie unterstützen.

CHARTA 77 ist keine Organisation, hat keine Statuten, keine ständigen Organe und keine organisatorisch bedingte Mitgliedschaft. Ihr gehört jeder an, der ihr zustimmt, an ihrer Arbeit teilzunehmen und sie unterstützt.

CHARTA 77 ist keine Basis für oppositionelle Tätigkeit. Sie will dem Gemeininteresse dienen wie viele ähnliche des Westens und des Ostens. Sie will also nicht eigene politische und gesellschaftliche Reformen aufstellen, sondern in ihrem Wirkungsbereich einen konstruktiven + mit der polit. und staatlichen Macht führen, insbesondere dadurch, daß sie auf verschiedene konkrete Verletzungen der Menschen- und Bürgerrechte hinweist, deren Dokumentation vorbereitet, Lösungen vorschlägt, verschiedene allgemeine Vorschläge unterbreitet, die auf die Verletzung dieser Rechte und ihrer Garantien abzielen und als Vermittler in anfallenden Konflikten wirkt, die durch Widerrechtlichkeit verursacht werden können.

Durch ihren symbolischen Namen betont CHARTA 77, daß sie an der Schwelle eines Jahres, das zum Jahr der Rechte polit. Gefangener erklärt wurde und in dessen Verlauf die Belgrader Konferenz die Erfüllung der Verpflichtungen von Helsinki prüfen soll.

Als Signatäre dieses Manifests betrauen wir Prof. Dr. Jiri Hajek, Dr. Václav Havel und Prof. Dr. Jan Patočka mit der Aufgabe, als Sprecher von CHARTA 77 zu fungieren. Diese Sprecher sind bevollmächtigt, CHARTA 77 sowohl vor staatlichen und anderen Organen als auch vor unseren der Öffentlichkeit zu vertreten und garantieren durch ihre Unterschriften die Authentizität der CHARTA 77-Dokumente. In uns und in weiteren Bürgern, die sich anschließen, werden sie Mitarbeiter finden, die mit ihnen zusammen die erforderlichen Aktionen unterstützen, Einzelaktionen übernehmen und alle Verantwortung mit ihnen teilen werden.

Wir glauben, dass CHARTA 77 dazu beitragen wird, daß in der Tschechoslowakei alle Bürger als freie Menschen arbeiten und leben können.

Wenn Sie wünschen, dass diese Schrift von möglichst vielen Bürgern unseres Landes gelesen wird, dann schreiben Sie so viel Exemplare mit der Schreibmaschine ab, wie Sie möglich bei Ihren Freunden verteilen können!

Auch die Bürger der Tschechoslowakei wollen ihre Rechte verteidigen

Sie berufen sich auf die von Prag unterzeichneten internationalen Pakte und Beschlüsse von Helsinki / Manifest der "Charta 77"

In der Tschechoslowakei haben Bürger aus verschiedenen Schichten der Bevölkerung eine Gemeinschaft gebildet, die sich nach dem Beispiel des Bürgerrechtskomitees in der Sowjetunion für die Einhaltung der Menschenrechte in ihrem Land einsetzen will. Der Gründungsauftrag dieser Gruppe, die sich den symbolischen Namen "Charta 77" gegeben hat, trägt 257 Unterschriften, die der Redaktion vorliegen. Zu den Unterzeichnern gehören ehemals führende Mitglieder der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, wie der erst kürzlich aus der Haft entlassene, frühere Rektor der Parteihochschule, Milan Hübl, der Reformpolitiker Frantisek Kriegel, der frühere tschechoslowakische Außenminister Jiri Hajek, der ehemalige ZK-Sekretär Zdenek Mlynar und der ehemalige Vorsitzende des tschechoslowakischen Studentenverbandes Jiri Müller, bekannte Schriftsteller, wie Ludvik Vaculik, Pavel Kohout und der parteilose Dramatiker Vaclav Havel, die nach 1968 verurteilten Historiker Karel Bartosek und Jan Tesar und andere Wissenschaftler, aber auch unbekannte Arbeiter und Angestellte. Außer einigen Geistlichen hat auch die ehemalige Leiterin des Sekretariats für kirchliche Angelegenheiten, Erika Kallixova, die sich nach 1968 für eine Überprüfung des Verhältnisses Kirche - Staat in der Tschechoslowakei eingesetzt hatte und bald nach dem Fehlschlag des "Prager Frühlings" abgelöst worden war, den Auftrag unterzeichnet. Die neue Gemeinschaft will keine Organisation für oppositionelle politische Tätigkeit sein, sondern sich als informelle Gruppe in ihren Aktivitäten im Rahmen der Gesetze bewegen. Nachstehend veröffentlicht wir den Vortext der "Charta 77", der uns aus der Tschechoslowakei zugegangen ist.

"Am 13.10.76 wurden in der Sammlung der Gesetze der Tschechoslowakei (Nr. 120) der 1. Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte sowie der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte veröffentlicht, beide im Namen unserer Republik im Jahre 1968 unterzeichnet, im Jahre 1975 in Helsinki bestätigt und bei uns am 23.3.76 in Kraft gesetzt. Seither haben auch unsere Bürger das Recht und unser Staat die Pflicht, sich danach zu richten. Die Freiheiten und Rechte des Menschen, die von diesen beiden Pakten garantiert werden, sind wichtige zivilisatorische Werte, auf die in der Geschichte das Bemühen vieler fortschrittlicher Kräfte gerichtet war und deren Kodifizierung die humane Entwicklung unserer Gesellschaft bedeutend fördern kann. Daher begrüßen wir, daß die Tschechoslowakische Sozialistische Republik diesen Pakten beigetreten ist.

Objekt von Diskriminierung

Ihre Veröffentlichung ruft uns aber zugleich mit neuer Eindringlichkeit in Erinnerung, wie viele Grundrechte des Bürgers in unserem Land vorerst - leider - nur auf dem Papier gelten. Völlig illusorisch ist zB das Recht auf freie Meinungsäußerung, das von Art. 19 des ersten Paktes garantiert wird; Zehntausend von Bürgern wird es nur deshalb unmöglich gemacht, in ihrem Fach zu arbeiten, weil sie Ansichten vertreten, die sich von den offiziellen Ansichten unterscheiden. Zudem werden sie häufig Objekt vielfältigster Diskriminierung und Schikane seitens der Behörden und gesellschaftlichen Organisationen, jedweder Möglichkeit der Verteidigung beraubt, werden sie praktisch zu Opfern einer Apartheid. Hunderttausend anderer Bürger wird die "Freiheit von Furcht" (Präambel des ersten Paktes) verweigert, weil sie gezwungen sind, in der beständigen Gefahr zu leben, Arbeits- und andere Möglichkeiten zu verlieren, falls sie ihre Meinung äußern. Im Widerspruch zu Art. 13 des zweiten Paktes, der allen das Recht auf Bildung zusichert, werden zahllose junge Menschen nur wegen ihrer Ansichten oder wegen der Ansichten ihrer Eltern nicht zum Studium zugelassen.

- 2 -

Unmündige Bürger müssen in der Furcht leben, daß, falls sie sich ihrer Überzeugung entsprechend äußern, sie selbst oder ihre Kinder des Rechts auf Bildung beraubt werden könnten. Die Geltendmachung des Rechts, "Informationen und Gedanken aller Art ohne Rücksicht auf Grenzen zu ermitteln, anzunehmen und zu verbreiten, sei es mündlich, schriftlich oder in gedruckter Form" oder "vermittels der Kunst" (Punkt 2, Art. 13 des ersten Paktes), wird nicht nur außergerichtlich, sondern auch gerichtlich verfolgt, häufig unter dem Deckmantel krimineller Beschuldigung (wovon unter anderem die eben gegen junge Musiker geführten Prozesse zeugen).

Keine Möglichkeit der Verteidigung

Die Freiheit der öffentlichen Meinungsäußerung wird von der Zentralverwaltung aller Kommunikationsmittel sowie der publizistischen und kulturellen Einrichtungen unterdrückt. Keine politische, philosophische oder wissenschaftliche Ansicht, auch keine künstlerische Äußerung, die nur ein wenig vom engen Rahmen der offiziellen Ideologie oder Ästhetik abweicht, kann veröffentlicht werden; öffentliche Kritik an gesellschaftlichen Krisenzuständen wird unmöglich gemacht; die Möglichkeit öffentlicher Verteidigung gegen unwahre oder beleidigende Behauptungen seitens der offiziellen Propaganda ist ausgeschlossen (eingesetzlicher Schutz von 'Angriffen auf Ehre und Leumund' von Art. 17 des ersten Paktes ist eindeutig garantiert, existiert in der Praxis nicht); lügenhafte Beschuldigungen lassen sich nicht widerlegen, und vergeblich ist jeder Versuch, auf dem Gerichtswege Abhilfe oder eine Richtigstellung zu erwirken; im Bereich geistigen und kulturellen Schaffens ist eine offene Diskussion ausgeschlossen. Viele wissenschaftlich und kulturell Tätige sowie andere Bürger werden nur deshalb diskriminiert, weil sie vor Jahren Ansichten veröffentlicht oder öffentlich ausgesprochen haben, die von der gegenwärtigen politischen Macht verurteilt werden.

Die Bekenntnisfreiheit, nachdrücklich in Art. 18 des ersten Paktes zugesichert, wird von machthaberischer Willkür systematisch eingeschränkt, durch Beschneidung der Tätigkeit von Geistlichen, über denen dauernd die Drohung des Entzugs oder des Verlustes der staatlichen Billigung der Ausübung ihrer Funktion schwebt; durch existentielle oder andere Repressalien gegenüber Personen, die ihr religiöses Bekenntnis mit Wort und Tat bekunden; durch Unterdrückung des Religionsunterrichts u.ä. Das Instrument der Einschränkung und häufig auch der völligen Unterdrückung einer Reihe von bürgerlichen Rechten ist ein System faktischer Unterordnung sämtlicher Institutionen und Organisationen im Staat unter die politischen Direktiven des Apparats der regierenden Partei und unter die Beschlüsse machthaberisch einflußreicher Einzelpersonen. Die Verfassung der Tschechoslowakei und andere Gesetze und Rechtsnormen regulieren weder Inhalt noch Form noch Gestalt und Anwendung solcher Beschlüsse; sie werden vorwiegend hinter den Kulissen, oft nur mündlich, gefasst, sind den Bürgern insgesamt unbekannt und von ihnen nicht kontrollierbar; ihre Urheber sind niemandem verantwortlich außer sich selbst und ihrer eigenen Hierarchie, dabei beeinflussen sie jedoch auf entscheidende Weise die Tätigkeit legislativer und exekutiver Organe von Staatsverwaltung, Justiz, Gewerkschaftsinteressen - sowie allen anderen gesellschaftlichen Organisationen, anderen politischen Parteien, Unternehmen, Werken, Anstalten, Behörden, Schulen und weiteren Einrichtungen, wobei ihre Anordnungen selbst vor dem Gesetz Vorrang genießen. Geraten Organisationen oder Bürger bei der Ausübung ihrer Rechte und Pflichten in Widerspruch zur Direktive, können sie sich an keine unparteiische Instanz wenden, weil keine existiert. Durch all dies werden ernstlich all jene Rechte eingeschränkt, die sich aus Art. 21 und 22 des Paktes ergeben (Versammlungsfreiheit und das Verbot jedweder Einschränkung von deren Ausübung), sowie aus Art. 25 (Gleichheit des Rechts, sich an der Führung öffentlicher Angelegenheiten zuzuteiligen) und aus Art. 26

(Gleichheit vor dem Gesetz). Dieser Zustand verwehrt es auch Arbeitern und anderen Berufstätigen, zum Schutz ihrer wirtschaftlichen und sozialen Interessen ohne jedwede Einschränkung gewerkschaftliche und andere Organisationen zu gründen und frei das Streikrecht (Punkt 1, Artikel 8 des zweiten Paktes) anzuwenden. Weitere Bürgerrechte einschließlich des ausdrücklichen Verbots 'willkürlicher Eingriffe ins Privatleben, Familie, Heim oder Korrespondenz' (Art. 17 des ersten Paktes), werden auch dadurch bedenklich verletzt, daß das Innenministerium auf unterschiedliche Weise das Leben der Bürger kontrolliert, zB durch Abhören von Telefonen und Wohnungen, durch Kontrolle der Post, durch persönliche Überwachung, durch Hausdurchsuchungen, durch Aufbau eines Netzes von Informanten aus den Reihen der Bevölkerung (oft vermittelt unethischer Drohungen oder umgekehrt Versprechungen gewonnen) und so weiter. Oft greift das Innenministerium dabei in die Entscheidung von Arbeitgebern ein, inspiriert diskriminierende Aktionen von Behörden und Organisationen, beeinflußt Justizorgane und lenkt auch Propagandakampagnen der Kommunikationsmittel. Diese Tätigkeit wird nicht von Gesetzen geregelt, sie ist geheim und der Bürger kann sich auf keine Art dagegen wehren.

Menschenwürde verletzt

In Fällen politisch motivierter Strafverfolgung verletzen Ermittlungs- und Justizorgane die Rechte der Beschuldigten und ihrer Verteidigung, die von Art. 14 des ersten Paktes sowie von tschechoslowakischen Gesetzen gewährleistet werden. In den Gefängnissen behandelt man solcherecht verurteilte Menschen auf eine Weise, welche die Menschenwürde der Inhaftierten verletzt, ihre Gesundheit gefährdet und darauf abzielt, sie moralisch zu zerbrechen.

Allgemein verletzt wird auch Punkt 2, Art. 12 des ersten Paktes, der dem Bürger das Recht garantiert, sein Land frei zu verlassen; Unter dem Vorwand des 'Schutzes der nationalen Sicherheit' (Punkt 3) wird dieses Recht an verschiedene unethische Bedingungen geknüpft. Willkürlich verfahren wird auch bei der Verteilung von Einreisewisa an Angehörige fremder Staaten, von denen viele die Tschechoslowakei aus nur deshalb nicht besuchen dürfen können, weil sie beruflich oder freundschaftlich mit bei uns diskriminierten Personen verkehrt haben. Manche Bürger weisen - sei es privat, am Arbeitsplatz oder öffentlich, was praktisch nur in ausländischen Kommunikationsmitteln möglich ist - auf die systematische Verletzung der Menschenrechte und der demokratischen Freiheiten hin und fordern in konkreten Fällen Abhilfe; ihre Stimme findet jedoch meist keinen Widerhall oder sie werden Gegenstand von Ermittlungen.

Die Verantwortung für die Einhaltung der Bürgerrechte im Land obliegt selbstverständlich vor allem der politischen und staatlichen Macht. Aber nicht nur ihr. Jeder trägt seinen Teil Verantwortung für die allgemeinen Verhältnisse und somit auch für die Einhaltung kodifizierter Pakte, die dazu übrigens nicht nur Regierungen, sondern alle Bürger verpflichten. Das Gefühl dieser Mitverantwortlichkeit, der Glaube an den Sinn bürgerlichen Engagements und der Wille dazu, sowie das gemeinsame Bedürfnis, dafür einen neuen und wirksameren Ausdruck zu finden, hat uns auf den Gedanken gebracht, CHARTA 77 zu gründen, deren Entstehen wir heute öffentlich anzeigen.

CHARTA 77 ist eine freie, informelle und offene Gemeinschaft, von Menschen verschiedener Überzeugungen, verschiedener Religionen und verschiedener Berufe, verbunden durch den Willen, sich einzeln und gemeinsam für die Respektierung der Bürger- und der Menschenrechte in unserem Land und in der Welt einzusetzen - jener Rechte, die dem Menschen von beiden kodifizierten internationalen Pakten, von der Abschlusssakte der Konferenz von Helsinki, von zahlreichen weiteren internationalen Dokumenten gegen Krieg, Gewaltanwendung und soziale und geistige Unterdrückung zugestanden werden, und die zusammenfassend von der 'Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte' der UN zum Ausdruck gebracht werden.

Auf dem Boden der Solidarität

CHARTA 77 fußt auf dem Boden der Solidarität und Freundschaft von Menschen, die von der gemeinsamen Sorge um das Geschick der Ideale bewegt werden, mit denen sie ihr Leben und ihre Arbeit verbunden haben und verbinden.

CHARTA 77 ist keine Organisation, hat keine Statuten, keine ständigen Organe und keine organisatorisch bedingte Mitgliedschaft. Ihr gehört jeder an, der ihrer Idee zustimmt und an ihrer Arbeit teilnimmt und sie unterstützt.

CHARTA 77 ist keine Basis für oppositionelle politische Tätigkeit. Sie will dem Gemeininteresse dienen wie viele ähnliche Bürgerinitiativen in verschiedenen Ländern des Westens und des Ostens. Sie will also nicht eigene Programme politischer oder gesellschaftlicher Reformen oder Veränderungen aufstellen, sondern in ihrem Wirkungsbereich einen konstruktiven Dialog mit der politischen und staatlichen Macht führen, insbesondere dadurch, daß sie auf verschiedene konkrete Fälle von Verletzung der Menschen- und Bürgerrechte hinweist, deren Dokumentation vorbereitet, Lösungen vorschlägt, verschiedene allgemeine Vorschläge unterbreitet, die auf Vertiefung dieser Rechte und ihrer Garantien abzielen und als Vermittler in anfallenden Konfliktsituationen wirkt, die durch widerrechtliche Verurteilung werden können.

Durch ihren symbolischen Namen betont Charta 77, daß sie an der Schwelle eines Jahres entsteht, das zum Jahr der Rechte politischer Gefangener erklärt wurde und in dessen Verlauf die Belgrader Konferenz die Erfüllung der Verpflichtungen von Helsinki prüfen soll. Als Signator dieses Manifestes betreten wir Prof. Dr. Jiri Hajek, Dr. Václav Havel und Prof. Dr. Jan Patočka mit der Aufgabe, als Sprecher von CHARTA 77 sowohl vor staatlichen und anderen Organisationen, als auch vor unserer und der Weltöffentlichkeit zu vertreten und garantieren durch ihre Unterschrift die Authentizität der CHARTA 77-Dokumente. In uns und in weiteren Bürgern, die sich anschließen, werden die Mitarbeiter finden, die mit ihnen zusammen die erforderlichen Aktionen unterstützen, Einzelaufgaben übernehmen und alle Verantwortung mit ihnen teilen werden.

Wir glauben daran, daß CHARTA 77 dazu beitragen wird, daß in der Tschechoslowakei alle Bürger als freie Menschen arbeiten und leben können.

Prag, 1. Januar 1977

CSKA
W B S K

1977
1977

- D -

Die Bürgerrechtsbewegung "Charta 77" veröffentlicht etwa am 6.1.77 ihr Gründungsmanifest, das in den nächsten Wochen das Leben in der CSSR bestimmt. Als Sprecher der "Charta 77" treten hervor: Prof. Jiri Hajek, der ehemalige Außenminister der CSSR; Vaclav Havel, ein Schriftsteller (sein Vater soll Multimillionär gew. sein); Jan Patocka, ein Historiker.

Vier Unterzeichner werden sofort von der Polizei festgenommen: Vaclav Havel und Ludvik Vaculik (beide Schriftsteller) u.a.

Weitere namhafte Unterzeichner sind: Milan Maly, der eben aus der Haft vorzeitig entlassene ehemalige Rektor der Prager Parteihochschule; Zdenek Mlynar, der einstige Sekretär des ZK der KPTsch u. Dabek-Freund; Pavel Kohout, der Dichter; Karel Barosek, ein Prof.; Jan Tesar, ein Prof.; Josefa Slanska und Rudolf Slansky, Frau und Sohn des nach Kriegsende hingerichteten Generalsekretärs der KPTsch; Frantisek Kriegel, ein "Zionist"; Jaroslav Seifert, ein Dichter; Silvan, Sabata und Wodalon, einige Trotzkisten; und Drtina, der ehemalige Minister für Justiz (etwa 1948).

- 13.1.77: Der Schriftsteller Pavel Kohout wird aufgefordert, Prag zu verlassen.
- xxx Österreich erklärt sich bereit zur Aufnahme von event. Ausgewiesenen
- 28.1.77: Die maßgebenden Leute um die "Charta 77" sollen sich am Freitag, den 28.1., bei der Passbehörde in Prag melden. Sie erhalten dort großzügige Ausreisbedingungen vorgelegt, wenn sie freiwillig die CSSR verlassen wollen. Sie könnten alles mitnehmen, was sie nur wollten, wenn sie einen entsprechenden Antrag in den nächsten 24 Stunden abgeben würden. Alle lehnen jedoch solch eine Möglichkeit ab! (PS: Eine legale Möglichkeit zur Ausweisung gibt es in der CSSR nicht. Eine Ausweisung aus der Staatsbürgerschaft ist also unmöglich)
- 28.1.77: "Willenserklärung" der Parteiführung für die Künstler der CSSR: für die KPTsch und gegen die "Charta 77". Dazu werden etwa 2.000 Unterschriften gesammelt.
- 27.1. - 2.2.77: In den Massenmedien werden die Unterzeichner der "Charta 77" ständig diffamiert und zum Verlassen des Landes aufgefordert. Alles jedoch ist von oben her organisiert, wie z.B. auch zahlreiche Briefeinforderungen! (vgl. den Leitartikel der "Rude Pravo" im ND vom 27.1.77, S.2)
- 30.1.77: Prof. Hajek und Jan Patocka werden aufgefordert, am 31.1. zur Generalstaatsanwaltschaft zu kommen. Begründet ist diese Aufforderung wahrscheinlich damit, weil beide einen Brief verfasst haben, der mit Nachdruck auf die Rechtmäßigkeit der "Charta 77" hinweist.
- 31.1.77: Hajek und Patocka werden dort vom Generalstaatsanwalt verwarnt, weil das Manifest "Charta 77" im Widerspruch zu den Gesetzen des Staates stünde. (vgl. ND vom 2.2.77, S.7 III). Beide jedoch weisen die Vorwürfe zurück und bestehen auf die von ihnen vertretene Rechtmäßigkeit der "Charta 77".

- 11 -

- 31.1.77: St. Brand ruft die CSSR auf, die Unterzeichner der "Charta 77" nicht zu verfolgen, sondern sie anzuhören (sie sind es wert!).
- 30.1.77: Österreich ruft die West-Kommunisten auf, sich für die Unterzeichner der "Charta 77" einzusetzen. Aufruf erfolgt vom Bundeskanzler).
- Der Außenminister von Norwegen setzt sich für die Unterzeichner der Charta ein, als ein Regierungsbesuch der CSSR kurz zu ihm kommt.
- 31.1.77: Der Minister für Auswärtige Angelegenheiten veröffentlicht am Montag in Prag ein OTE-Interview, daß die CSSR das Dokument von Helsinki in allen seinen Teilen respektiere und erfülle. (vgl. ND vom 1.2.77, S.7).
- 1.2.77: Pelikan(?), der in Rom lebende frühere Chef-Redakteur des CSSR-Fernsehens, sieht in der Unterstützung durch die Westkommunisten eine Möglichkeit, daß die politischen Prozesse, die vorbereitet worden, zu verhindern sind.
- 1.2.77: Brand im Gebäude der Generaldirektion der Industrievereinigung GMD in Prag (vgl. ND vom 2.2.77, S.7).
- 1.2.77: Telegramm von 'Pax Christi' an Gustav Husak
- 2.2.77: Die Parteizeitung in Prag spricht vom Ende der Kampagne gegen die Unterzeichner der "Charta 77". Ob jedoch tatsächlich das Ende der Kampagne gegen die Charta-Vertreter in der CSSR erreicht ist, ist fraglich. (vom 28.1.77)
- 4.2.77: Zustimmung zur "Willenserklärung" der Parteiführung im Prager Musiktheater (u.a.: Karel Gott). Mit dieser Zustimmung wird zugleich noch eine Erklärung abgegeben, die dann verlesen wird. (vgl. ND vom 7.2.77, S.6).
- 7.2.77(?) Vasil Bilak, Mitglied des Präsidiums und Sekretär des ZK der KPTsch, greift erneut auf einer Tagung vor mehr als 2.000 führenden Funktionären der KPTsch und der Massenorganisationen in Prag die Unterzeichner der "Charta 77" an und stellt fest: "Unsere sozialistische Ordnung ist stabil. Die Führung der Partei und des Staates ist fest und geschlossen" (vgl. ND vom 9.2.77, S.7). (vgl. die Rede von Kurt Mager am 26.11.76!)
- xxx Treffen mit ausländischen Journalisten im Prager Hotel Intercontinental (vgl. Freie Presse/ vom 8.2.77, S.24).

Dokument 15: Zeittafel über die Reaktionen auf die Charta 77
(Naumburger Menschenrechtsgruppe, etwa 10. Februar 1977)

1. Bericht der CHARTA 77 über die Reaktion der Behörden auf die Gründung der CHARTA 77

Am 6.1. vormittags umzingelten die Wagen des Staatssicherheitsdienstes inmitten des normalen Verkehrs den PKW, in dem die Schriftsteller Václav Havel und Ludvík Vaculík mit dem Schauspieler Pavel Landovský fuhren, um der Regierung der CSSR, der Föderalversammlung und dem SED den Text der CHARTA 77 mit allen Unterschriften zu übergeben und ihn auch per Post allen Signatären zu schicken.

Die genannten und weiterhin Schriftsteller Zdeněk Urbanek wurden während einer Reihe von Stunden verhört, obwohl aus dem Inhalt der beschlagnahmten Umschläge dem SSD klar sein mußte, daß seine Aktion unangemessen und unberechtigt ist, weil die CHARTA 77, wie es auch Rechtsexperten bezeugen, die sie sich ausarbeiten ließ, nicht im geringsten gegen die tschechoslowakischen Gesetze verstößt, sondern diese im Gegenteil verteidigt.

Der Apparat des MdI der CSSR stellt sich - wie übrigens nicht das erste Mal - sowohl über internationale Vereinbarungen, als auch über Gesetze des eigenen Staates. An den Aktionen gegen unbescholtene Bürger nahmen mehrere Wagen und Stableute teil - Verhörer, Techniker, Beschatter, die dem MdI vor kurzem gefehlt haben, um ab die Entführung eines CS-Flugzeuges zu verhindern.

Die Festgehaltenen wurden während der Verhöre mit TV-Kameras als Spione gefilmt und fotografiert vor der Korrespondenz, die an die höchsten Staatsorgane adressiert und ihnen abgenommen worden war. Der SSD & filmte auch weiterhin in der Wohnung und im Landhaus von Václav Havel, gegen nachdrücklichen Protest der Besitzer. Auch in der Wohnung von Z. Urbanek wurde gefilmt. Es wurden unter anderem auch Kollektionen ausländischer Publikationen und verschiedene Privatgegenstände gefilmt, die ähnlich der Waffen von Terroristen arrangiert wurden.

Während der Dreikönigsnacht und am folgenden Tag wurden bei den genannten Hausdurchsuchungen durchgeführt, wobei eine Unmenge Sachen, vor allem Bücher, Korrespondenz, Fotografien und auch rein private Sachen beschlagnahmt wurden, wie sie auch der SSD im Jahre 75 beschlagnahmte und durch die dann einige Bürger erpresst wurden. Als Nr.1 der Gegenstände, die bei Vaculík beschlagnahmt wurden, wurde das Buch "Gruppenbild mit Dame" von Böll geführt. Später haben die Beamten mit den Einzelheiten keine Zeit mehr verloren. Unter einem Posten steht: "60 Handschriften in Leinen gebunden". L. Vaculík wurde schon zum zweiten Mal eine eigene Romanhandschrift beschlagnahmt, an der er gerade arbeitete. V. Havel wurden auch öffentliche Publikationen der amerikanischen Botschaft in Prag beschlagnahmt sowie gefilmt. Aufrüttelnd ist auch, daß auch amtlich herausgegebene Texte, wie ab der Wortlaut der beiden internationalen Verträge, der in einer Gesetzesammlung vor kurzem veröffentlicht worden war, beschlagnahmt wurden.

Gleichzeitig wurden der Schriftsteller Dr. František Pavlíček und der Journalist Jan Pětránek - beide Unterzeichner der CHARTA 77 - verhaftet, verhört und einer Hausdurchsuchung unterstellt.

Durch seinen ganzen Eingriff zeigt der SSD klar, daß die Existenz der CHARTA 77 berechtigt und notwendig ist, weil die Bürgerrechte in der CSSR verletzt werden. Die Sprecher der CHARTA 77 machen das MdI darauf aufmerksam, daß die durchgeführten Hausdurchsuchungen gesetzeswidrig waren, da keine Strafverfolgung begonnen wurde, die nach den tschechoslowakischen Gesetzen eine Bedingung für solche Aktionen ist. Das Filmen von Personen, ihrer Wohnungen sowie ihrer Privatgegenstände gegen ihren Willen kann man für die Straftat der Nötigung nach § 237 des StGB halten.

Während der ganzen Zeit der Aktion protestierten die Sprecher der CHARTA 77 und weitere Signatäre gegen diese Willkür. Jetzt verlangen sie die Einstellung weiterer Gesetzeswidrigkeiten und die sofortige Rückgabe aller beschlagnahmter Gegenstände und Schriftstücke. Die Sprecher der CHARTA 77 behalten sich das Recht vor, (in Übereinstimmung mit dem Artikel 19 des internationalen Vertrages über bürgerliche und politische Rechte) jeden weiteren Fall eines unzulässigen Druckes gegen die Signatäre und andere Bürger zu veröffentlichen.

Die Sprecher der CHARTA 77 erklären, daß es, wenn die Publikation des Textes im Ausland seiner Auslieferung an tschechoslowakische Regierungen zuvor kam, dem SSD zuschreiben wäre, der die Übergabe verhindert hat. Die Sprecher der CHARTA 77 geben bekannt, daß ihr heute 40 Signatäre beitraten. Ihre Namen, sowie auch die Namen aller weiteren werden nicht veröffentlicht, solange keine Garantie besteht, daß sich die Dreikönigsnacht-Polizeiaktion nicht wiederholen wird. An der Arbeit der CHARTA 77 werden sie sich allerdings beteiligen.

Die Sprecher der CHARTA 77 geben weiterhin bekannt, daß sie aus denselben Gründen für sich drei Ersatzleute bestimmt haben; ihre Namen werden publiziert, wenn den ersten drei ihre Tätigkeit unmöglich gemacht wird.

Die Sprecher der CHARTA 77 danken für die Äußerungen der heimischen und internationalen Solidarität. Die ausländischen Kommentare stellen sie in dem Sinne richtig, daß Signatäre bei weitem nicht nur Intellektuelle sind, sondern auch Arbeiter, Angestellte und weitere Bürger, auch solche, die nicht durch Repressalien für das Jahr 68 getroffen wurden, die sich aus innerer Notwendigkeit engagieren. Die CHARTA 77 verdient es deshalb nicht, daß man sie als eine Gruppe von Dissidenten bezeichnet, sondern sie ist eine Bürgerinitiative.

Die Sprecher der CHARTA 77 glauben, daß die führenden Staatsmänner weitere Willkür des SSD verhindern werden, da sie nicht nur uns, sondern auch die Mehrheit der Bürger bedroht, sondern - wie es die Beispiele aus der Vergangenheit bezeugen - auch sie selbst.

Prag, im Februar 1977

gez. Prof. Dr. Jan Patočka

Dr. Václav Havel

Prof. Dr. Jiří Hájek

Kurz nach Veröffentlichung dieses Dokumentes wurde Dr. V. Havel verhaftet und ist bis jetzt in Haft. Die Sprecher der CHARTA 77 gaben bis jetzt weitere 5 Dokumente heraus, die sich mit der Dokumentation verschiedener Verstöße gegen die beiden internationalen Verträge befassen (ab die Einschränkung der Religionsfreiheit, die politisch beschränkte Zulassung zum Hochschulstudium u.w.)

22.2.77

Dokument 16: Abschrift des Berichtes der Charta 77 über die Reaktion der tschechischen Behörden auf die Gründung der Charta 77
(Naumburger Menschenrechtsgruppe, 22. Februar 1977)

Der Text einer von Professor Jan Patočka auf dem Sterbebett abgelegten Erklärung ist von Prag aus in den Westen gebracht worden

Das "Testament" des tschechischen Bürgerrechtsführers verteidigt die Charta-77-Kampagne

Von unserer auswärtigen Abteilung

Das für die letzte schriftliche Erklärung von Professor Jan Patočka, einem der drei Sprecher für die tschechoslowakische Bürgerrechtsbewegung Charta 77, gehaltene Schriftstück ist eben in den Westen gelangt. Es ist auf den 8. März datiert und wurde im Prager Krankenhaus geschrieben, in das der hervorragende Philosoph am 3. März eingeliefert wurde.

Er starb am Sonntag infolge einer Gehirnblutung vom Freitag. Am Donnerstag war Polizei in das Krankenhaus gekommen und hatte ihn erneut verhört.

Zur Zeit des Schreibens mag er gewußt haben, daß trotz des intensiven Polizeidrucks noch ständig neue Unterschriften zu der Charta hinzugefügt wurden. Die Zahl der Unterschriften hat jetzt 617 erreicht und der Anteil der Arbeiter unter ihnen wächst. Weitere Unterstützung ist von vielen gekommen, die ihre Namen nicht öffentlich bekannt machen wollen.

Hier ist eine gekürzte Fassung von Professor Patočkas Erklärung; ihr vollständiger Wortlaut wurde von der Palach Press zugänglich gemacht:

Viele Menschen fragen, ob nicht die Charta 77 zu verstärkter "Wachsamkeit" führen wird, die eine gegen alle Bürger gerichtete Wirkung zur Folge haben wird.

Wir wollen darüber offen sein: In der Vergangenheit hat Konformität noch zu keinerlei Verbesserung in der Situation geführt, nur zu einer Verschlechterung. Je größer die Furcht und Unterwürfigkeit, desto unverschämter sind die Behörden geworden. Es gibt keinen anderen Weg, sie zu veranlassen, den Druck zu mindern, als ihnen zu zeigen, daß Ungerechtigkeiten und Diskriminierung nicht unbeachtet sind. Die Menschen haben es nötig, jederzeit mit Würde aufzutreten, es sich selbst nicht zu gestatten, erschrocken und eingeschüchtert zu sein, und die Wahrheit auszusprechen - ein Verhalten, das gerade deshalb eindrucksvoll ist, weil es in solchem Kontrast zu dem Weg steht, den die Behörden weiter beschreiten.

So ist es möglich, daß die Unterdrückung in einzelnen Fällen verstärkt wird. Man kann sogar jene Berufe verlieren, die bis jetzt als sichere Zuflucht erschienen - Nachtwächter, Fensterputzer, Heizer, Krankenpfleger usw. -, aber nicht lange, da diese Berufe von jemandem ausgeübt werden müssen; und in den Gefühlen der Ungewißheit, die in den Beamtenköpfen erzeugt werden, besteht der wichtige Gewinn. Unsere Herrschenden können nun niemals ganz sicher sein, wer das ist, mit dem sie zu tun haben. Sie müssen sich selbst fragen, ob jene, die ihnen heute noch gehorchen, auch morgen willens sein werden, so zu handeln.

Die Tatsache, daß es die Gegner der Charta als notwendig empfunden haben, ohne Rücksicht auf Wahrheit eine wilde Verleumdungskampagne zu entfesseln, und daß sie die "Öffentliche Meinung" manipulierten, Resolutionen zu verfassen, die uns angreifen, hat weit mehr Sympathie für uns geschaffen, sowohl zu Hause als auch im Ausland, als wir zu erwarten wagten.

Dies allein schon ist ein wichtiges Ergebnis, denn Schuldlosigkeit und ehrbares Verhalten sind wirksame politische Faktoren.

Der legale Charakter der Charta, die Tatsache, daß es ihre Absicht ist, eine unbedingte und öffentlich verantwortliche Gesetzmäßigkeit zu fördern, die offensichtliche Weigerung der Behörden, das Prinzip der Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz zu akzeptieren und ihre Weigerung, ein Gespräch über die enthaltenen Streitfragen zu führen, haben uns einen beträchtlichen politischen Vorteil eingebracht und unseren Gegner genötigt, neue Methoden in seinem Kampf gegen uns zu suchen.

Die Behörden haben erkannt, daß es nicht genügt, durchschaubare Märsche über staatsfeindliche Zentren und sogenannte "bloßgestellte" Personen zu erfinden. Die Charta beschäftigt sich nicht mit Persönlichkeiten, sondern mit Streitfragen und Tatsachenerörterungen, und das letztere hat soweit vollständig gefehlt, wie unsere Gegner daran interessiert sind.

Wir können nun gefragt werden, wie lange wir die Unterstützung unserer eigenen Leute zu behalten erwarten, wenn wir unfähig sind, ihnen zu helfen, außer durch Proteste auf dem Papier, und wie lange wir mit Sympathie im Ausland rechnen können.

Ich will versuchen, die Frage umzudrehen. Wir wollen fragen, was wir von der Unterzeichnung der Internationalen Konventionen über menschliche, ökonomische, soziale und kulturelle Rechte erwarten. Auch wollen wir fragen, was jene, die sie wirklich unterzeichneten, auf beiden Seiten der politisch geteilten Welt erwarteten. Wir glauben, daß sich die Unterzeichner in vielen Ostblockstaaten gedacht haben, sie brauchten in der Behandlung ihrer Bevölkerung nichts zu ändern und alles würde wie zuvor bleiben.

Andere erwarteten jedoch sehr viel. Die gewöhnlichen Menschen in diesen Ländern sahen in diesen Verträgen eine neue, allerdings die einzige, Garantie, daß es keine Wiederholung der Ereignisse der zwanziger und dreißiger Jahre in der Sowjetunion und der fünfziger Jahre in unserem Land geben würde, von Dingen, die sich ereigneten, obwohl diese Staaten auf Sozialismus und Humanität schwürten und sich der "freiesten Verfassungen in der Welt" rühmten.

Die internationalen Verträge, die als ein Ergebnis der Helsinki-Konferenz unterzeichnet wurden, brachten wirklich etwas Neues, gaben der Menschheit neue Hoffnung. Dieses neue Element verdeutlicht, warum die Charta und die todsichere Reaktion auf sie solch ein Interesse hervorgerufen haben. Es zeigte sich, daß die praktische Verwirklichung der Abkommen nicht so leicht sein würde, wie es erwartet worden sein mag.

Wir sind überzeugt, daß es keinen in der Welt gibt, der nicht weiß, daß die Übereinkommen von Helsinki angenommen werden m ü s s e n, wenn wir einer Zukunft größerer Kriege und kleinerer Konflikte entrinnen sollen. Jedoch sind wir erst jetzt dahingelangt zu erkennen, was es doch für ein entsetzlich langer Weg sein wird, und wir wissen das dank der Charta. Dank ihr wissen wir auch, daß die Welt in ihren Erwartungen enttäuscht worden ist, schmerzlich enttäuscht.

Es ist eine ehrliche Entspannungspolitik, die zur Schau gestellt worden ist, und dies hat viele westliche Sozialisten und Kommunisten veranlaßt, ihre Stimme zu unserer Unterstützung zu erheben und darum zu bitten, daß die Unterzeichner der Charta mit Anstand behandelt werden.

Die östlichen Länder haben in der praktischen Verwirklichung der Menschenrechte einen langen Weg seit den fünfziger Jahren zurückgelegt.

Warum sind sie dann so beunruhigt worden? Ungeachtet der harten Worte und schlechten Taten sind nicht alle Wege versperrt. Wir können sehen,

daß es eine gewisse Milderung gegeben hat - obgleich wir es noch für ziemlich verachtenswert halten würden -, die sich nicht ohne die Charta ereignet hätte. Zum Beispiel sind Leute für die Mitgliedschaft der Künstlerverbände zugelassen worden, von denen jedoch ihre Unterschrift unter die "Anti-Charta" als schändliche Eintrittsgebühr gefordert wurde.

So haben wir zu berichten, daß Menschen wieder wissen, daß es Dinge gibt, für die es sich zu leiden lohnt, daß die Dinge, für die man sich leiden müssen, oft jene sind, die das Leben lebenswert machen, und daß ohne diese Dinge die Kunst, Literatur, Kultur und so weiter bloße Gewerbe sind, die dazu dienen, sein tägliches Brot zu erwerben.

All das wissen wir heute, und zu einem beträchtlichen Umfang ist dieses Wissen auf die Charta ?? zurückzuführen.

Prag, 8. März 1977

Professor Dr. Jan Patočka

Sehr geehrter Herr Generalsekretär!

Was verlangen Sie von uns? Daß wir still und damit akropellos werden angesichts der beschämenden und zum Himmel (und vielleicht auch in den Westen, weil man sich hier nicht in die eigenen Angelegenheiten mischen kann, ohne die Kehrseite unseres Abzeichens kennenlernen zu müssen) schreienden Fakten:

Da wird ein Liedermacher ausgebürgert mit der Fadenscheinigen Begründung, er habe sich an den Klassenfeind verkauft, dabei aber wohlweislich die Tatsache verschweigend, daß er ja erst vom Klassenfreund mundtot gemacht werden sollte, nachdem er sich von dem nicht kaufen ließ, und daß viele Leute und Organisationen, die nun wirklich nicht unsere Klassenfeinde sein dürften (namhafte Schriftsteller wie Wallraff, Weiss, Böll, Frisch, Heyn, Kunert, Hermalin, Pühmann u.v.a., Organisationen wie die IKP, die IG Metall, ja selbst Genossen der DKP) seine Intentionen unterstützen. Da wird ein Schriftsteller, dessen Kritik am Sozialismus dem Sozialismus nur helfen kann, im eigenen Land isoliert und dann - als dies nicht gelingt - rausgeschickt.

Da werden Leute - egal ob sie den Traum vom Sozialismus noch träumen oder er ihnen schon zum Alptraum wurde -, weil sie Arrangements; die sich die fortschrittliche Menschheit im Jahrhunderte lang während den Kämpfen erkämpft hat, gerade in diesem System, das sich auch als Verwalter allen fortschrittlichen Gedankengutes der gesamten Menschheit ja verstanden werden will, durchgesetzt wissen wollen, ihrer beruflichen Existenz verlustig, theoretisch in irgendwelche ideologische Schubladen und - was noch schlimmer ist - praktisch in die Zuchthäuser der Revolution gesteckt.

Da werden Menschen, die davon nun die Nase vollhaben, an der Grenze abgeschossen oder, wenn sie einen Antrag auf Ausreise stellen und sich dabei auch an Organisationen, die außerhalb der DDR ansässig sind (z.B. UNO), wenden, weil sie einfach die Zustimmung für ihren Antrag erreichen wollen, verhaftet und verurteilt. Darüberhinaus werden manchmal ganze Familien zerrissen.

Da arbeitet unser Staatssicherheitsdienst mit Methoden, die viele Ältere Menschen an böse Zeiten erinnern lassen. Und das soll alles im Interesse des Sozialismus geschehen? Nein, im Gegenteil:

Denn durch dies alles hier - nicht, daß wir es beim Namen nennen, sondern, daß jenes überhaupt g e s e h t - liefert der westlichen Rechten nur Vorwände für undemokratische Maßnahmen gegen die Bevölkerung in ihren Ländern, schwächt aber auch den Einfluss der westlichen Linken und stärkt den der Reaktion. Müssen wir uns dann noch darüber wundern, wenn der einfache Mensch z.B. in der BRD, schon beim Hören des Wortes "Sozialismus" eine Grimasse bekommt und Wähler von Strauß u.ä. wird, weil auch dieser die oben genannten Sachverhalte zur Sprache bringt.

Aber zwischen Strauß und uns besteht ein gewaltiger Unterschied, den Sie als Dialektiker eigentlich sehen müßten: Während dieser an der Schwächung des Sozialismus interessiert ist, sind wir für die S t r e k k u n g des Sozialismus! Wir wissen, daß Sie die nicht ganz unbegründete Befürchtung haben, daß eventuell bei uns gegebene Liberalisierung von kalten Kriegern zur kapitalistischen Restauration ausgenutzt werden könnte, aber s.o.: Wie können wir ihren Einfluss eindämmen? Mit ein bißchen Brot (vgl. Legende vom Großinquisitor bei Dostojewski), ein bißchen Kritik - aber ja nicht dabei den Lob vergessen - und ein paar Phrasen können wir dies sicher nicht! Die Uniformierung ist der bequemere Weg - aber auch der bessere zur positiven Veränderung der g e s e l l s c h a f t l i c h e n Bewusstseinslage unserer Bürger?

Beginnen wir doch endlich nun einmal, die so oft zitierte "neue sozialistische Lebensweise" in der Praxis zu verwirklichen - das ist doch die beste und wirkungsvollste Kritik am Kapitalismus!

Scheuen wir uns nicht mehr, alles Übel, das wir angerichtet haben, in der Öffentlichkeit zur Sprache zu bringen!
Hören wir damit auf, unser Volk unendlich zu lassen!
Handeln wir endlich souverän und nicht nach Matthäus 7,3!
Rechnen wir mit unserer eigenen Bosartigkeit, bevor wir mit der der Anderen unser Handeln entschuldigen!
Beginnen wir mit der wachsenden Entteufelung!
Fangen wir damit an, endlich ein Vertrauensverhältnis zwischen Regierenden und Regierten zu schaffen und lassen wir, damit jenes erreicht, Jürgen Puchs, Gerulf Pennach, Christian Kunert, Günther Schau, Thomas Auerbach, Uwe Behr, Kerstin Graf, Wolfgang Hinkeldey, Marion Ferstein, Gerd Lehmann, Bernd Markowski, Wilfried Meier und die vielen anderen "Namenlosen" aus dem Knaat!
Wenn auch die Geier grüßen hämisch lachen werden, das wird dann dem Sozialismus nicht schaden, der nicht von selbst kommt, sondern mit unseren Köpfen und Herzen durchgesetzt werden muß, den in diesem Sinn aber die letzte lachende Morgenröte gehört.

In aufrichtiger Hoffnung

L.T. a. a.

V e r m e r k

über ein Gespräch mit Vertretern des Rates des Bezirkes Halle im Dienstzimmer des Bischofs in Magdeburg am 14. Juli 1977

Anwesend:

auf staatlicher Seite: Herr Pöhner, Stellvertreter für Inneres des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Halle

Herr Biertümpel, Leiter des Sektors Kirchenfragen

auf kirchlicher Seite: Bischof Dr. Kruse

OKR Dr. Schulze

Dauer des Gespräches: 2 Std. 45 Min.

Bewirtung: Kognak, Kuchen, Kaffee

Das Gespräch war auf Ersuchen von Herrn Pöhner zustande gekommen. Herr Pöhner hatte von sich aus angeboten, einen Besuch beim Bischof zu machen. In der Atmosphäre war dieses Gespräch nicht nur sehr offen, sondern wohl auch von einer echten sachbezogenen Hörbereitschaft geprägt.

1. Denkschrift der Evang. Kathol. Predigtarbeitsgemeinschaft des Kirchenkreises Querfurt vom 29. 4. 1977

Daß Herr Pöhner auf diese Denkschrift der Evangelisch-Katholischen Predigtarbeitsgemeinschaft zu sprechen kommen werde, war dem Bischof bereits dadurch bekannt geworden, daß Staatssekretär Seigewasser ihn am 13. 7. 1977 in Berlin zu einem vertraulichen Gespräch darüber gebeten hatte (vgl. den Vermerk des Bischofs vom 13. 3.). Die Vertreter des Bezirkes haben auf diese Querfurter Denkschrift mit stärksten Bedenken reagiert. Die Tatsache, daß für sie Unterschriften (bisher 61) auch über den Kirchenkreis hinaus gesammelt worden sind, legte für die Staatsvertreter die Analogie mit Bürgerrechtsinitiativen nahe. Befürchtet wurde offensichtlich eine Veröffentlichung in der Westpresse. Ohne das dieses klar ausgesprochen wurde, ging die Erwartung der Staatsvertreter offensichtlich dahin, daß von der Kirchenleitung den Initiatoren dieser Denkschrift erklärt werde, daß jede Weiterverbreitung unmittelbar untersagt werde. Man erhofft von uns offensichtlich, daß wir mit den Verfassern so diskutieren werden, daß künftig derartige Memoranden nicht wieder auftauchen.

Der Bischoff antwortete, indem er seine Argumente wiederholte, die er bereits am Vortage Staatssekretär Seigewasser vorgetragen hatte: Er verstehe diese Denkschrift als den Versuch, Bemühungen der Kirchenleitung im gesellschaftlichen Raum zu unterstützen. Seigewasser habe ihn einmal danach gefragt, für wen er als Bischof eigentlich spreche. Dieses habe er Konventen weitererzählt. Nun versuche offensichtlich diese Gruppe, dem Bischof zu zeigen, daß für eine derartige Position eine breitere Basis in der Mitarbeiterschaft unserer Kirche gegeben sei. Der Bischof erklärte weiter, daß er sachlich in diesem Memorandum kaum etwas anderes erkennen könne, als was von den Kirchen bereits an verschiedenen Stellen vorgetragen worden sei. Freilich sei der Ton etwas einseitig und apodiktisch, so daß er den Verfassern erklärt habe, daß er selbst in dieser Form nicht reden werde. Die Vermutung der Staatsvertreter, daß ihnen die Verfasser dieses Memorandums in den Rücken fielen, wies der Bischof zurück: Erst dann könne man davon sprechen, daß ihnen in den Rücken gefallen werde, falls diese Erklärung in der Westpresse veröffentlicht werden sollte. Dann würde dort nämlich der Eindruck entstehen, daß Mitarbeiter in unserer Kirche es übernommen hätten, Wahrheiten zu sagen, die die angepaßten Kirchenleitungen nicht mehr zu formulieren wagten. Er habe deshalb ausdrücklich darum gebeten, daß eine Veröffentlichung dieser Denkschrift im westlichen Bereich nicht erfolge.

Es schloß sich ein ziemlich ausführliches Sachgespräch an, in dem es um einzelne Aussagen des Querfurter Textes ging. Die Bezirksvertreter versicherten, den Text nicht in vollem Wortlaut vorliegen zu haben. Auf Grund ihrer bisherigen Kenntnisnahme hatten sie den Eindruck gewonnen, daß hier eine sehr scharfe Kritik an Grundsatzentscheidungen unseres Staates (Politik der Koexistenz, Verteidigungsbereitschaft u. a.) geübt werde. Der Bischof und Schultze erläuterten, inwiefern die kritischen Aussagen des Querfurter Textes als ein Gesprächsbeitrag zu verstehen sind, der den Grundsatz der Entspannung und der Verantwortung für Abrüstung gerade nicht in Frage stelle.

Da in dem Gespräch deutlich wurde, daß die Staatsvertreter zu einer falschen Beurteilung des Textes kamen wegen ungenauer Kenntnis, sicherte der Bischof zu, daß er sich an die Verfasser wenden werde, um ihnen vorzuschlagen, eine Abschrift ihres Memorandums dem Rat des Bezirkes unmittelbar zur Kenntnis zu geben. Weiter sagten wir zu, daß wir ohnehin um ein Gespräch mit den Verfassern bemüht sein werden. Dagegen erklärten wir direkt, daß kein Anlaß bestehe, die Weitergabe dieses Textes innerhalb der kirchlichen Mitarbeiterschaft zu verhindern.

2. Vorüberlegungen für den Todestag von Oskar Brüsewitz

Pöhner hatte in einem Gespräch mit Munker bereits zum Ausdruck gebracht, daß der Rat des Bezirkes damit rechne, daß eine größere Zahl von Menschen am 18. 8. oder in den darauffolgenden Tagen zum Grabe von Oskar Brüsewitz nach Droßdorf/Rippicha kommen werde. Munker war gefragt worden, welche Sicherheitsvorkehrungen die Kirche zu treffen gedächte. Der Bischof informierte Pöhner über die vorbereitenden Überlegungen, die von dem Kirchenkreis und dem Rat der Kirchenleitung bereits angestellt worden sind (vgl. Protokoll des Rates der Kirchenleitung vom 12. 7., Ziff. 1). Der Bischof verband mit dieser Mitteilung die Bitte, daß von Seiten der Staatsorgane keine unverhältnismäßigen Mittel zur sogenannten Absicherung an diesen Tagen eingesetzt werden möchten. Der Bischof wies darauf hin, welcher unguten Eindruck die Sicherheitsvorkehrungen anlässlich der Beerdigung von Brüsewitz 1976 bis in die Westpresse hinein hervorgerufen haben. Pöhner versicherte, daß hier die gebotene Zurückhaltung gewahrt werde.

Über die Einrichtung des Brüsewitz-Zentrums in Bad Oeynhausen wurde ein Gedankenaustausch geführt, in dem die Vertreter des Bezirkes betont zum Ausdruck brachten, daß sie für die Haltung der Kirchenleitung in dieser Sache dankbar seien.

[Auszug aus dem Vermerk von H. Schultze]

Rat des Bezirkes Halle
Stellvertreter des Vorsitzenden
für Inneres

Halle, den 15. 07. 1977

I n f o r m a t i o n

Über die Aussprache mit dem Bischof Dr. Krusche von der evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen.

14. 07. 1977, 14.30 Uhr, fand in Magdeburg mit dem Bischof Dr. Krusche eine Aussprache statt.

Teilnehmer: Gen. Theo Pöhner, Stellvertreter des Vorsitzenden für Inneres des Rates des Bezirkes Halle,
Gen. Ewald Biertümpel, Sektorenleiter für Kirchenfragen beim Rat des Bezirkes Halle,
Bischof Dr. Krusche, Ev. Kirche der Kirchenprovinz Sachsen
OKR Dr. Schultze, Ev. Kirche der Kirchenprovinz Sachsen

Am Beginn des Gespräches würdigte Gen. Pöhner in anerkennenden Worten die Haltung und Stellung von Bischof Dr. Krusche gegen die Einrichtung eines Brüsewitz-Zentrums in der BRD.

Gen. Pöhner betonte, daß das weitere gute Verhältnis zwischen Staat und Kirche gerade in dieser Zeit durch das negative Verhalten einer Anzahl geistlicher Amtsträger seiner Landeskirche gestört wird.

Die Verfassung eines solchen Schreibens, welches die Aufforderung zur Unterschrift an Pfarrer und Mitarbeiter enthält, bezeichnete der Gesprächsführende als ein „in den Rücken fallen“ des Bischofs.

Die inhaltliche Problematik des Schreibens richtet sich gegen ein gutes Verhältnis zwischen Staat und Kirche.

Aus diesem Grund hat sich der Gen. Pöhner veranlaßt gesehen, den Herrn Staatssekretär Seigewasser über dieses Schreiben zu informieren.

Dr. Krusche teilte mit, daß er am 11. 07. 77 eine Aussprache diesbezüglich mit dem Staatssekretär Seigewasser gehabt hat.

Haltung des Bischofs Dr. Krusche am Anfang des Gespräches

Er versuchte:

- die Angelegenheit zu bagatellisieren und als innerkirchliche Sache darzustellen;
- das Schreiben als Ausdruck des Vertrauens zu seiner Person als Bischof zu werten;

Er hat den Unterzeichnern dringend empfohlen dieses Schreiben nicht in die BRD oder Westberlin weiterzuleiten, weil es damit in die Westpresse kommt.

Anknüpfend an die Darlegungen des Bischofs wurde ihm vom Gen. Pöhner aufgezeigt, daß er doch selbst im letzten Punkt seiner Ausführungen zu diesem Schreiben die Gefahr der Möglichkeit einer politischen Provokation sieht.

Durch den Gen. Pöhner wurden dem Bischof sinngemäß einige inhaltliche Punkte des Schreibens dargelegt wie:

- es enthält wahrheitswidrige Angaben über das Verhältnis Staat und Kirche;
- es enthält Aussagen gegen die Glaubens- und Gewissensfreiheit, wie sie in unserer Verfassung festgelegt sind und in diesem Schreiben angezweifelt wird;
- es enthält Angriffe gegen die Politik der friedlichen Koexistenz, die nicht echt zur Erhaltung des Friedens dienen würde.

Dr. Krusche äußerte weiter, daß er die Formulierung über den Klassenkampf als nicht richtig dargestellt sieht und ließ OKR Dr. Schultze den Passus über Klassenkampf, Koexistenz und Verteidigungsbereitschaft aus dem Schrei-

ben verlesen. Dr. Krusche versuchte daraufhin nochmals seine Meinung zur Rechtfertigung des Schreibens darzulegen.

Es gelang ihm aber nicht die dargestellten Grundsätze des Gen. Pöhner zu entkräften.

Er erklärte:

- den Vertretern des Staates den Text des Schreibens zu übergeben (das kann er nicht sofort, weil er dazu das Einverständnis der Unterzeichner braucht, daß er einholen will).
Dazu gab es im Gespräch von den staatlichen Vertretern weder eine Andeutung noch eine Aufforderung;
- Er wird, ausgehend von der Problematik des Gespräches, das Schreiben nochmals gründlich durchdenken und mit den anderen Mitgliedern der Kirchenleitung beraten.

Beim Verlesen der Auszüge aus dem Schreiben durch OKR Dr. Schultze konnte Gen. Biertümpel feststellen, daß das Schreiben von Pfarrer Dr. Nierth, Schraplau, Kirchenkreis Querfurt, verfaßt worden ist und dieses dem Bischof mit einem Anschreiben zugesandt wurde.

Bischof Dr. Krusche sprach von 60 Unterzeichnern dieses Schreibens und antwortete auf den Einwurf des Genossen Biertümpels, daß dieses ja fast 50 % seiner Pfarrer des Bezirkes Halle wären, daß man berücksichtigen müßte, daß fast die Hälfte der Unterzeichner kirchliche Amtsträger der kath. Kirche seien. Dr. Krusche führte weiter aus „ihm wird wohl bekannt sein, daß dieses Schreiben auch an Bischof Braun übergeben wurde“.

Er betonte aber, daß eine Absprache mit Bischof Braun noch nicht erfolgt sei.

Gen. Pöhner wies in der Aussprache darauf hin, daß die staatlichen Organe und die Kirche alles tun müssen, um zu verhindern, daß der 1. Jahrestag des Selbstmordes von Brüsewitz nicht zur Belastung des Verhältnisses von Staat und Kirche durch reaktionäre Kräfte ausgenutzt wird.

Bischof Krusche erklärte dazu:

- Wir möchten nicht, daß hier eine Heldenverehrung stattfindet;
- Wir sind gegen unerwünschte Effekte;
- Wir werden die Möglichkeit zu einer stillen Andacht in der Kirche schaffen, weil wir meinen, daß wir davon ablenken müssen, daß das Grab allgemein zur Andachtstelle wird;
- Vom 18.-22. 08. 77 wird immer ein verantwortlicher kirchlicher Mitarbeiter in Rippicha sein;

- Am 18. 08. wird ein Jurist des Konsistoriums in Rippicha weilen, der auch gleichzeitig in bestimmten Situationen der Frau Brüsewitz Beistand leisten wird;
- am Sonntag, den 21. 08. 77 wird der Bischof selbst im Gottesdienst die Predigt halten (in Rippicha)
- Sie möchten jeden demonstrativen Charakter des Gottesdienstes vermeiden und dementsprechend auch die Pfarrer informieren;
- Aufstellen von Transparenten und anderen Mitteln der Demonstration auf dem Friedhof in Rippicha wird die Kirche nicht zulassen;
- Ihnen ist nicht bekannt, ob Leute vom Brüsewitz-Zentrum kommen wollen.
- Kranzniederlegungen am Grabe können von ihnen nicht verhindert werden.

Bischof Krusche wies darauf hin, daß die staatlichen Organe für die Sicherheit und Ordnung außerhalb der kirchlichen Objekte verantwortlich sind und setzte sich aber dafür ein, „daß bitte nicht zu strenge Maßnahmen bei Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden sollten, die zu bestimmten Beschränkungen führen“.

Er informierte die staatlichen Vertreter davon, daß eine Geraer Holzschnitzerin eine symbolische Darstellung der Handlung von Brüsewitz entworfen und erarbeitet hat und diese der Frau Brüsewitz als Grabmal angeboten hat. Frau Brüsewitz hat das Ansinnen dieser Holzschnitzerin abgelehnt. Frau Brüsewitz selbst hat einen Grabstein in schlichter Form bestellt.

Der Bischof bekräftigte, daß die Kirchenleitung in dieser Hinsicht nichts veranlaßt hat.

Pöhner

Magdeburg, den 21. 9. 1977

Der evangelische Bischof
der Kirchenprovinz Sachsen
- J.Nr. 718/77 -

Herrn
Pfarrer Dr. Nierth
4242 – Schraplau
Kirchberg 6

Sehr verehrter, lieber Bruder Nierth!

Sie und ein Teil der Unterzeichner Ihres Schreibens „Friede und Gerechtigkeit heute“ haben in einem Brief vom 16. 9. 1977 Herrn Bischof Braun und

mich an die Tatsache erinnert, daß Sie uns dieses Dokument übergeben hätten. Von Probst Dr. Munker erfuhr ich über den Ausgang des Gesprächs, das Ihnen als Antwort der Kirchenleitung auf Ihr Schreiben hin angeboten worden war. In diesem Gespräch haben Sie offensichtlich von Zusagen gesprochen, die ich Ihnen gegeben hätte. Ich würde sie gern an folgendes erinnern. Zunächst daran, daß Sie ausdrücklich erklärt hatten, dieses Schreiben wolle meine Bemühungen unterstützen. Es läge den Unterzeichnern völlig fern, mich etwa unter Druck setzen zu wollen; es sei als Hilfe und als Unterstützung gedacht. Daran meine ich mich halten zu dürfen. Ich hoffe, daß ihr Schreiben nicht nun doch so etwas wie ein nachhelfen sein soll.

Sie haben drei Dinge genannt, die Sie mit der Übergabe dieses Schreibens erreichen wollten:

1. Sie hatten die Hoffnung, es könne zu einer gemeinsamen Erklärung des katholischen Bischofs und mir kommen, vielleicht sogar zu einer gemeinsamen Übernahme Ihres Schreibens. Ich habe Ihnen damals sofort gesagt, daß ich dies für völlig aussichtslos hielt. Bischof Braun und ich hätten uns bislang noch nie gemeinsam an die Öffentlichkeit gewandt und es sei ganz aussichtslos, daß wir in dieser Sache uns erstmalig mit einem gemeinsamen Wort an die Gemeinden richten. Ich habe mit Weihbischof Hubrich diese Angelegenheit besprochen. Er hat mir erklärt, er sehe dieses Schreiben als das an, als das es ihm übergeben worden sei, als Versuch einer Unterstützung und Hilfe. In diesem Sinne würde es verwendet werden. Eine gemeinsame Erklärung war überhaupt nicht in Erwägung gezogen.
2. Dann hatten Sie gefragt, ob etwa eine Veröffentlichung im Amtsblatt oder in den Informationen, die Bruder Meinhof herausgibt, möglich sei. Ich hatte Sie ausdrücklich gewarnt vor einer Veröffentlichung außerhalb der DDR. Wir haben im Rat der Kirchenleitung durchgesprochen, ob es sinnvoll sei, diesen Text oder Teile dieses Textes in den Informationen zu bringen, und waren der einmütigen Überzeugung, daß dies nicht tunlich sei, einfach weil der apodiktische Ton dieses Schreibens nicht der Gesprächssituation angemessen sei. Ich habe sie ja darauf schon hingewiesen, hatte immerhin in Erwägung gezogen, ob es etwa denkbar sein könnte, in den Informationen Teile dieses Textes zu bringen. Hier waren die Brüder aber der Meinung, daß dies unterbleiben sollte. Bei näherem Zusehen wird einem doch auch einiges an theologischer Fragwürdigkeit immer deutlicher in diesem Schreiben. Sie werden von einem Kreis, der sich sehr intensiv mit Ihrem Schreiben beschäftigt hat, eine Antwort erhalten.

3. Sie hatten ferner gefragt: Ob etwa Teile dieses Dokumentes in den Kirchenleitungsbericht aufgenommen werden könnten. Ich habe Ihnen gesagt, daß wir dieses Dokument der Gruppe, die von der Kirchenleitung beauftragt ist, den entsprechenden Teil des Kirchenleitungsberichtes zu entwerfen, zur Verfügung stellen würden. Ich hatte Ihnen keineswegs versprochen, daß der Text übernommen würde. Ich hatte Ihnen lediglich zugesagt, daß er bedacht würde und daß die von Ihnen angeschnittene Problematik jedenfalls im Kirchenleitungsbericht aufgegriffen würde und die Gruppe natürlich frei sein würde, auch Passagen aus Ihrem Schreiben zu übernehmen.

Sie dürfen gewiß sein, lieber Bruder Nierth, und ich bitte Sie, das auch den Mitunterzeichnern zu sagen, daß die von Ihnen angeschnittenen Probleme von uns sehr sorgsam bedacht werden und daß wir mit Ihnen darin eins sind, daß die Dinge zur Sprache gebracht werden müssen. Ihr Dokument hat uns genötigt, weiterhin intensiv nachzudenken und ist insofern durchaus eine Hilfe gewesen; auch dann, wenn man die Dinge anders sagen muß, ist es ja doch hilfreich, wenn man erst einmal einen Text hat, mit dem man sich auseinandersetzen muß. Ich möchte Ihr Mitdenken und Nachdenken in gar keiner Weise abwerten oder als unnütz erklären, sondern freue mich über jeden, der verantwortlich mitdenkt. Verantwortliches Mitdenken heißt aber, daß man dem anderen, den man als Gesprächspartner hat, zutraut, daß er selbstständig denken kann und in derselben Sorgsamkeit prüft, was zu sagen ist, wie man für sich selber in Anspruch nimmt.

Ich glaube nicht, daß es im Augenblick sinnvoll ist, daß wir noch einmal in ein Gespräch über den ganzen Problembereich eintreten. Die Kirchenleitung hat Ihnen das Gespräch mit Bruder Münker und Hinz angeboten, damit Sie sehen, daß Ihr Schreiben durchaus ernst genommen worden ist. Außerdem wird ein Kreis um Dr. Falcke Ihnen die oben angekündigte Antwort zukommen lassen, so daß sie merken, welches Nachdenken Ihr Schreiben ausgelöst hat. Ich würde vorschlagen, daß Sie erst einmal die Synode abwarten. Der Kirchenleitungsbericht ist erst im Entstehen. Es könnte ja sein, daß Sie das in dem Kirchenleitungsbericht Gesagte durchaus als in der Richtung Ihres Denkens liegend ansehen können, so daß dann Ihr Anliegen aufgenommen wäre. Wenn das nicht der Fall sein sollte, müßte dann wohl ein Gespräch stattfinden. Vielleicht treten wir also nach der Synode noch einmal miteinander in Kontakt.

Mit brüderlichen Grüßen
Ihr gez. Krusche

Magdeburg, den 03. 10. 1977

Bischöfliches Amt
Magdeburg
Tgb.-Nr.: B-511/77

Herrn Pfarrvikar
Dieter Tautz

4251 Osterhausen-Sittichenbach
Roter Berg 12

Lieber Herr Pfarrvikar!

Jeder von uns macht im Leben und in der Arbeit die Erfahrung, daß nicht alles, was tatsächlich wichtig ist oder als solches angesehen wird, auch erreichbar ist. Gerade wir Priester und Seelsorger erleben im Umgang mit Einzelnen wie mit Gemeinschaften, daß ein bestimmtes und kluges Vorgehen oft mehr erreicht, als lautstarke Proklamationen es vermögen. Daran sollten Sie denken, wenn sie bestimmte Erwartungen haben. Bei allen Schwierigkeiten, die bleiben, sind die Erfolge für Einzelne wie Gemeinden o. a., die wir noch haben, nicht unerheblich. Gerade unter Berücksichtigung dieser Wirklichkeit sollten Sie bedenken, ob Sie mit Ihren Erwartungen nicht bescheiden auf dem Boden der oft zitierten Realitäten bleiben müssen.

Wenn Sie sich umsehen in Ihrer eigenen Gemeinde, werden Sie bestätigen können, was jeden von uns bedrückt, daß nämlich sehr viel Arbeit bleibt, um das Wort Gottes gerade an jene heranzubringen, die im Unrecht leben und ihr ewiges Heil aufs Schwerste gefährden. Wenn uns diese Arbeit vor Ort gelingt, werden wir sehr viel dazu beitragen, Verhältnisse, die uns stören, zum Guten hin zu verbessern.

Mit herzlichem Gruß und Segen

Ihr
gez. +Johannes Braun
Bischof

Diskussionsbeitrag von Frau Dr. Blumenthal / Bundessynode Hermhut
am 22. 10. 1977

Ich vermißte in dem Bericht, der sich am Schluß als programmatisch bezeichnet, etwas den Hinweis auf die neuen geschädigten und behinderten Gruppen in unserer Gesellschaft und in der Welt. Es sind nicht mehr so sehr die geistig Behinderten, die uns Not machen, weil wir entsprechende Gesetze und Betreuungsmaßnahmen haben, und auch in der Inneren Mission relativ gute Profile für ihre Förderung und Pflege. Ich denke aus meiner Arbeit besonders an die Menschen, die geistig nicht behindert sind, die also nicht auffallen im Sinne der Behinderung, sondern von denen man sowohl in der Volksbildung als auch im Gesundheitswesen als auch innerhalb der gesellschaftlichen Kräfte erwartet, daß sie als Menschen gut funktionieren.

Die Leistungs- sowie Anpassungserwartung beginnt schon in der Kindheit, setzt sich im Beruf und auch im partnerschaftlichen Leben fort. Und wir sehen täglich, daß diese Menschen zwar intellektuell befähigt sind, diese Erwartungen zu erfüllen, daß sie aber von ihrer Persönlichkeit her – ich möchte es einmal so sagen – blockiert, eingeschränkt oder gar nicht entwickelt sind, diese Lebensaufgaben überhaupt nur in Angriff zu nehmen oder zu bewältigen.

Ich meine, es wäre eine große Chance für uns Christen im einzelnen, aber auch für die Kirche und die Diakonie im speziellen, sich dieser relativ großen Gruppe zuzuwenden. Wir haben auf einer Tagung gehört, daß es 10 – 15 % solcher Kinder schon gibt. Und wir wissen, daß der Lebensprozeß immer schwieriger wird und wir mit eventuell 20 % im Erwachsenenalter rechnen können. Ich denke an die Suchtkranken, die es auch in unserer Gesellschaft gibt, an Kinder, die betrunken auf den Bahnhöfen herumlungern, die Schlaf-tabletten dazunehmen, die „high“ sind wollen, weil sie so nicht mehr leben wollen.

Manche sprechen es aus, manche sprechen es nicht aus, und wir haben in unserer täglichen Arbeit suizidale und dissoziale Kinder und Jugendliche zu diagnostizieren und zu behandeln. Die Kinder, die nicht zurechtkommen, oder die Jugendlichen suchen sich zwei Ventile: Die einen sagen: „Ich will nicht mehr leben, weder in dieser Gesellschaft noch überhaupt.“ Sie versuchen, auf verschiedene Art Selbstmord zu begehen; sie entgleiten der Familie oder sie fallen vollkommen aus dem Familienverband heraus. Und die anderen, die sagen: „Diesen Laden lassen wir hochgehen.“ Mit dem Laden meinen sie die Schule, den Betrieb, ihre wohletablierte Familie, ihre Eltern, die oft in hohen Funktionen stehen. Und alles dieses sind Kennzeichen ei-

nes geschädigten, eines hilflosen Menschen, zu dem wir uns als Kirche immer gerufen fühlten durch die Jahrhunderte. Nur ist das gegenwärtige Bild unerwartet.

Es sind oft hochbegabte Menschen, aber in ihrer psychischen Situation solche, die kaum noch verstehbar sind. Es sind nicht Psychosen – das versteht man noch, wenn einer geisteskrank ist, das merkt fast jeder dann, mit dem kann er nicht mehr richtig sprechen. Aber es sind Leute, mit denen in der Einzelsituation oft sehr gut zu sprechen ist, die aber im sozialen Kontext sich einfach nicht wohlfühlen, versagen oder aggressiv werden, also unerwartet reagieren. Und darauf – glaube ich – muß man sich auf einem langen Weg vorbereiten, um ihnen helfen zu können.

Ich würde erwarten, daß wir hier in der Synode und auch nachher noch im Gespräch uns irgendwie Gedanken machen, wie man Mitarbeiter in der Diakonie oder überhaupt – wir alle sind ja dazu berufen – sich vorbereiten, solche Nöte aufzufangen. Und – dieser Satz war mir eigentlich hoffnungsträchtig – wenn etwas gesellschaftliche Relevanz hat, dann fließen auch die Gelder leichter, weil dann die Leute mitbetroffen sind und natürlich ihr Portemonnaie leichter öffnen als für fernab liegende Dinge, die sie selber nicht so sehr betreffen.

Es stehen außerordentlich viele Familien in dieser Not, und sie wissen oft nicht aus noch ein. Eltern und Familien – ich kann das aus meiner Berufserfahrung sagen – die geistigbehinderte Kinder haben, sind eigentlich noch gut dran gewesen. Sie fühlten sich zwar diskriminiert durch die Tatsache eines mongoloiden oder behinderten Kindes. Die anderen fühlen sich dagegen ausgestoßen, die Eltern und auch ihre Kinder, weil ihnen gesagt wird, ihr könnt die Kinder nicht erziehen, ihr habt nicht die richtige Einstellung, ihr seid sozusagen „soziale Nieten“. Und das glaube ich, ist eine ganz besondere Not, auf die ich aufmerksam machen wollte.

P a s t o r a l k o l l e g
der Evangelischen Kirche in
der Kirchenprovinz Sachsen

3301 Gnadau, den 27. Okt. 1977
Hi/Ma

Az: II,3

Frau
Pastorin B. Herrmann
4241 Obhausen
August-Bebel-Str. 1

Liebe verehrte Schwester Herrmann!

Haben Sie herzlichen Dank für Ihr Schreiben vom 24. Oktober. Wenn es mich auch mitten im Gedränge antrifft, so sollen Sie doch umgehend eine Antwort haben. Sie haben völlig recht, der Abbruch des Gesprächs am 6. 9. um 12.30 Uhr war schlecht. Ich habe aber das selber als schmerzlich empfunden, hätte am liebsten eine Gesprächsfortsetzung vereinbart. Es war ein Fehler von mir, daß ich mich an den Wagen von Bruder Münker gebunden hatte. Ich ahnte nicht, daß er terminlich so eng begrenzt war und ich deswegen mit ihm aufbrechen mußte. Ebenfalls habe ich im Vorhinein nicht geholt, daß die Einstellung von Bruder Münker zu Ihrer Gruppe und dem, was Sie bewegt, sich von der meinen in dem Maße unterscheidet, wie es Ihnen und mir spürbar geworden ist.

Zunächst zum Nachgang des Gesprächs vom 6. 9.: Ich habe mit dem Herrn Bischof gesprochen, in dem selben Gesprächsgang, in dem Bruder Münker berichtete. Ich habe gesagt, was ich anders sehe und anders beurteile. Aus Ihrem Brief entnehme ich, daß es kaum aufgenommen worden ist. Natürlich weiß ich nicht, was der Herr Bischof Ihnen geschrieben hat. Offenbar aber ist es für Sie ganz unbefriedigend. Ich bin weiter bemüht gewesen, zu veranlassen, daß Ihnen verschiedene Texte und Sachvorgänge zugänglich werden, die sich mit Ihrem Anliegen berühren, sich kreuzen oder teilweise überdecken. Vorgänge und Bemühungen, die in anderen Arbeitskreisen und Ausschüssen der Kirche in der DDR getrieben werden. Offenbar ist auch davon bisher nichts zu Ihnen gelangt. Ich ziehe daraus die Folgerung, daß ich unbedingt zu einem neuen Gespräch zu Ihnen kommen müßte, dann auch mit Texten und Informationen, die ich Ihnen vorlege und an denen Sie die Tuchfühlung Ihrer Anliegen mit anderen Vorgängen in unserer Kirche erkennen könnten. Man könnte beraten, was sinnvollerweise weiter zu tun ist, nachdem die Dinge so gelaufen sind, wie sie gelaufen sind. In der nächsten Woche werde ich hier im Pastorkolleg Bruder Greulich und Bruder Nützler sehen und auch mit ihnen noch einmal über den Fortgang des Gesprächs sprechen. In meinem Kalender ist allerdings der November und auch der Rest des Oktober lückenlos gefüllt. Ich habe im Dezember noch folgende Tage frei, die ich Ihnen und den Brüdern Ihrer Gesprächsrunde anbiete: 6.-8. Dez.; 20.-23. Dezember. Im Notfalle auch der 4. Advent. Das ist alles, was ich in diesem Jahr Ihnen noch anbieten kann. Ich betone aber, daß ich sehr gerne zu einer Gesprächsfortsetzung zu Ihnen kommen würde, wobei ich dann nur als ein mit Ihnen denkender Bruder unter Ihnen wäre und nicht mit einem offiziellen Auftrag. Die ersten freien Termine liegen in der ersten Januarwoche 1978 (1.-5. Jan.). Dann geht es erst wieder weiter vom 6. Februar an. – Ich denke in Herzlichkeit und brüderlicher Verbundenheit an Sie und würde mich freuen, wenn unser Kontakt nicht abreißt.

Ihr Christoph Hinz

Aktionskreis Halle

4352 Nienburg, 24. 11. 1977

p. A. Jochen Garstecki

301 Magdeburg

Westring 29

Sekretariat der Berliner Ordinarienkonferenz

Seelsorgeamt

108 Berlin

Französische Straße 34

In der Anlage erlauben wir uns, Ihnen einen Vorschlag zu unterbreiten, den eine Arbeitsgruppe des AKH in dessen Auftrag und im Nachgang zur AKH-Vollversammlung vom 17. 9. 1977 erarbeitet hat.

Wir verbinden damit die Bitte, die Möglichkeiten zur Realisierung zu prüfen.

Für eine Rückäußerung wären wir dankbar.

Für den Sprecherkreis:

Willi Verstege, Pfarrvikar

Anlage:

V o r s c h l a g des Aktionskreises Halle

an die Pastorkonferenz der Bistümer und Bischöflichen Ämter der Katholischen Kirche in der DDR sowie an die Seelsorger der einzelnen Jurisdiktionsbezirke

Angeregt durch die KSZE und bestärkt durch ein Arbeitspapier der päpstlichen Kommission JUSTITIA ET PAX „Die Kirche und die Menschenrechte“ vom 10. 12. 1974 hat sich der AKH im Verlauf des Jahres 1977 auf zwei Vollversammlungen mit dem Problemfeld „Menschenrechte“ befaßt. Wir sind der Auffassung, daß auch die katholische Kirche in der DDR nicht länger zögern sollte, aus dem inzwischen überall in der Welt engagiert aufgegriffenen Anliegen selbst Schlußfolgerungen für die pastorale Praxis zu ziehen. Denn es ist, wie das o. g. Dokument der päpstlichen Kommission JUSTITIA ET PAX feststellt, Aufgabe der Kirche,

„... für den Frieden in der ganzen Welt einzutreten. ‘Tatsächlich stehen Friede und Recht’, sagt Paul VI., ‘in direktem und wechselseitigem Zusammenhang von Ursache und Wirkung: Es kann keinen echten Frieden geben, wenn die Menschenrechte nicht geachtet, geschützt und gefördert werden.’ Daraus folgt, daß die Kirche verpflichtet ist, für beides zu arbeiten, für den Frieden und die Menschenrechte, weil beide Früchte der Liebe und der Befreiung sind, die unser Erlöser den Menschen brachte.

Der Hauptbeitrag der Kirche zur Verwirklichung der Menschenrechte besteht in einem ständigen und eminent praktischen Erziehungsprozeß, zu allererst bei ihren eigenen Gliedern. Sinn dieser Erziehung ist es, den Christen die Würde der menschlichen Person immer mehr bewußt zu machen, ebenso die Bruderschaft unter den Menschen, die Freiheit und Gleichheit, an der alle Menschen teilhaben. Die Kirche bemüht sich vor allem, die Bereitschaft zu wecken und den Willen zu stärken, diese Grundrechte überall im täglichen Leben zu respektieren ...“.

Am 10. Dezember 1978 jährt sich zum 30. Mal der Tag, an dem die VEREINTEN NATIONEN die Menschenrechts-Charta proklamierten. Der Ständige Rat der Römischen Bischofskonferenz hat daher – nach Informationen der katholischen Friedensbewegung PAX CHRISTI (PC-Information v. 2. 5. 77.) – dem Vatikan empfohlen, das Jahr 1978 in der Katholischen Kirche unter das Thema „Menschenrechte“ zu stellen. Dieser Sachverhalt gibt uns Veranlassung, Sie zu bitten, folgende Vorschläge aufzugreifen und sich für ihre Verwirklichung einzusetzen:

1. Der Weltgebetstag der Katholischen Kirche für den Frieden am 1. Januar 1978 wird – wie inzwischen bekannt wurde – unter dem Thema „Nein zur Gewalt – Ja zum Frieden“ stehen. In Konkretisierung dieses Anliegens möge die Berliner Bischofskonferenz in einem gemeinsamen Hirtenwort die Arbeit in den Gemeinden unter dem Leitmotiv „Menschenrechte“ zum Beginn des neuen Jahres anregen.
2. Die Seelsorgeämter sollten gemeinsam die Gemeinden und kirchlichen Gruppen bei der Auseinandersetzung mit diesem Thema durch Handreichungen und andere Arbeitshilfen unterstützen.
3. Die Berliner Bischofskonferenz möge im Geiste des Konzils (vgl. „Gaudium et spes“ Nr. 90) und entsprechend den Empfehlungen der päpstlichen Kommission „JUSTITIA ET PAX“ eine nationale Kommission JUSTITIA ET PAX für die Jurisdiktionsbezirke der DDR ins Leben rufen, die die Möglichkeiten der Kirche zur Förderung und Verteidigung des Friedens und der Menschenrechte unter den konkreten Bedingungen unserer Gesellschaft in ökumenischer Zusammenarbeit erarbeiten sollte.

Der Aktionskreis Halle versteht seine Weiterarbeit an der o. g. Thematik als Beitrag zu einer solchen Initiative. Er wird versuchen, Textvorschläge anzubieten, die bei Gottesdiensten Verwendung finden könnten. Er wird sich außerdem bemühen, eine Übersicht über einschlägige kirchliche Verlautbarungen und Ausarbeitungen zu erstellen, um damit eine Materialhilfe zu bieten für die thematische Arbeit in Gemeinden und Gruppen. Er stellt ferner die Erarbeitung eines Bußgottesdienstes zum selben Thema für die Fastenzeit 1978 in Aussicht.

Der AKH weiß sich dabei in Übereinstimmung mit dem Beschluß der Dresdner Pastoralynode „Dienst der Kirche für Versöhnung und Frieden“, in dem formuliert wurde:

„Wir Christen sind durch das Evangelium zu Friedensdienst berufen. Wir wissen jedoch, daß man nicht allein vom Frieden sprechen kann, ohne dabei die Menschenrechte ausdrücklich einzubeziehen, genauso wenig wie man Menschenrechte für den einzelnen fördern kann, ohne gleichzeitig für den Frieden aller einzutreten. Denn die Verwirklichung des Friedens hängt von jedem einzelnen ab. Durch sein Verhalten und Handeln vermehrt er den Frieden oder den Unfrieden. Wer Frieden stiften will, muß mit Mißverständnis, Benachteiligung und Anfeindung rechnen. Angst darf nicht das Handeln lähmen. Es gelten die Worte der Schrift ‚Wer sich also fürchtet, ist in der Liebe nicht vollendet‘ (1. Joh. 4, 18) ... Daraus folgt, daß der Christ die alltägliche Last seiner Bemühungen um Versöhnung und Frieden als Teilnahme an der Passion Jesu verstehen darf.“ (Abschnitt 29-31)

Auszüge aus den „Materialien zur Schnellinformation vom 13. 3. 1978“ des Bundes der evangelischen Kirchen in der DDR

(Bericht über das Gespräch des Vorstandes der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der Deutschen Demokratischen Republik mit dem Vorsitzenden des Staatsrates am 6. März 1978)

Zum Inhalt des Gespräches

Der folgenden Wiedergabe des Gesprächsinhaltes liegen Gedächtnisaufzeichnungen der kirchlichen Teilnehmer zugrunde.

Einleitende Darlegungen

Der Vorsitzende des Staatsrates stellte nach einer Begrüßung der Gesprächsteilnehmer als Ziel des Gespräches heraus, daß ein vertrauensvolles, offenes, sachliches Klima sich auch in der Vertikale auswirken solle.

Der Staat schätzt die Tätigkeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR hoch ein. Das Verhältnis von Staat und Kirche in der gemeinsamen Verantwortung für die Menschen und ihre Zukunft wirkt sich wohlthuend auf die Lösung der Hauptaufgabe aus, nämlich die Sicherung des Friedens. Die Tätigkeit der Kirchen für Frieden und Völkerverständigung ist wichtig.

Man wertet es hoch, daß sich die Kirchen für ein Verbot der Massenvernichtungswaffen, für die Nichterstellung der Neutronenwaffe und für die Abrüstung eingesetzt haben. Eine wichtige Frage im Zusammenhang mit der Beendigung des Wettrüstens ist das Freiwerden von Mitteln zur Unterstützung notleidender und um ihre Freiheit kämpfender Völker im afrikanischen und asiatischen Raum. Die humanitären Hilfen des Bundes der evangelischen Kirchen sind hoch anzuerkennen. Sie machen deutlich, daß die Kirchen sich gegen Rassismus und Neokolonialismus entschieden haben.

Frieden und Humanismus sind Anliegen, die den Kirchen entsprechend ihrem Betätigungsfeld auch künftig fruchtbare Möglichkeiten ihres Dienstes bieten. Die Kooperation zwischen Kirche und Staat ist nicht nur wichtig, sondern notwendig. Ausdrücklich berief sich der Vorsitzende des Staatsrates auf seine Regierungserklärung vor der Volkskammer im Oktober 1976, in der er von der Möglichkeit gleichberechtigten Mitwirkens aller Bürger an der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft unabhängig von Alter, Geschlecht und ihrer weltanschaulichen Überzeugung und religiösen Bindung gesprochen habe. Die DDR gibt jedem Bürger eine klare Perspektive, seine Fähigkeiten, Talente und seine Persönlichkeit voll zu entfalten. Diese Grundaussage, die seinem Eid auf die Verfassung entspreche, müsse in einem Prozeß konstruktiver Zusammenarbeit von Bürgern verschiedener Weltanschauung und Gewissensbindung immer stärker werden. Eine erfolgreiche Fortsetzung dieses Prozesses ist nur möglich, wenn das Klima auf allen Ebenen des Verhältnisses von Kirche und Staat sachlich, vertrauensvoll, freimütig gestaltet wird. Entstehende Probleme sollten im Geist der Toleranz und Verständnisbereitschaft gelöst werden. Die DDR wolle das humanistische Werk fortsetzen, zu dem die Kirche Ja sagen könne, nämlich Friedenssicherung und Fortführung einer Wirtschafts- und Sozialpolitik, die allen Bürgern dient und ihr materielles und kulturelles Lebensniveau Schritt für Schritt verbessern hilft. Es sei viel geleistet, aber noch viel zu tun.

Ausführlich illustrierte der Vorsitzende des Staatsrates die Wirtschafts- und Sozialpolitik der DDR, an der alle Bürger Anteil hätten. Auch noch bestehende ungelöste geistige und materielle Probleme sind lösbar. Voraussetzung ist eine lange Friedensperiode in der Zukunft. Als Zweck der Zusammenkunft mit Vertretern der Kirchen bezeichnet Erich Honecker Fragen, welche die Verantwortung berühren, die Staat und Kirche für die Menschen haben, gemeinsam zu besprechen. Man rechne mit der Mitwirkung der Kirchen, ohne sie voll in Anspruch zu nehmen, besonders in Fragen im humanitären Bereich.

Einzelfragen

Der Vorsitzende des Staatsrates ging dann auf eine Reihe von Einzelfragen ein, um deren Klärung die Kirchen in der Vorbereitungsphase auf das Gespräch gebeten hatten.

Kirchliche Bauvorhaben könnten selbstverständlich in den neuen Stadtbezirken verwirklicht werden. Die Kirchen könnten davon ausgehen, daß die abgesprochenen Bauvorhaben auch noch nach 1980 Zug um Zug verwirklicht werden.

Dem Wunsch nach kirchlichen Sendungen im Fernsehen zu Feiertagen wie Ostern, Pfingsten, Weihnachten, Reformationstag, werde entsprochen. Solche Sendungen sollten im 2. Programm zu für die Kirchen annehmbaren Zeiten ausgestrahlt werden. Auch dem Wunsch nach einer monatlichen Informationssendung im Rundfunk werde entsprochen. Vertragliche Festlegungen würden mit dem Staatlichen Rundfunk- und Fernsehkomitee getroffen werden.

Zur Vorbereitung des 500jährigen Lutherjubiläums 1983 sagte der Staatsratsvorsitzende Hilfen bei der Restaurierung der Luthergedenkstätten in Eisleben, Wittenberg und Erfurt zu. Für die Lutherhalle in Wittenberg werde den Kirchen eine angemessene Mitwirkung zugesichert. Die Grenzlinie im Augustinerkloster Erfurt kann sinnvoll zugunsten der Kirche verändert werden.

Im Blick auf die religiöse Betreuung von Strafgefangenen erklärte der Staatsratsvorsitzende, die Seelsorge sei bereits durch das Strafvollzugsgesetz geregelt. Die Bestätigung von Pfarrern als Seelsorger könnte mit dem Ministerium des Inneren abgesprochen werden. Anträge auf Sondergenehmigungen von Predigten oder dergleichen in Strafvollzugseinrichtungen könnten erfüllt werden. Die Bibliotheken in Strafvollzugseinrichtungen könnten jährlich durch 150 Exemplare religiöser Literatur ergänzt werden.

Mit der Einbeziehung der Altersversorgung der auf Lebenszeit angestellten kirchlichen Mitarbeiter in die Sozialversicherung der Staatlichen Versicherungsanstalt sei man grundsätzlich einverstanden. Einzelheiten sind noch zu klären; die StVA soll nicht engherzig sein.

Die Einfuhr westlicher Zeitschriften und Bücher werde bereits großzügig gehandhabt. Auch in Zukunft werde die für die ökumenische Arbeit nötige Literatur eingeführt werden können.

Die kirchlichen Kindergärten sollen in ihrer gegenwärtigen Anzahl unterstützt werden, doch würde eine Erweiterung der Kapazitäten nicht für nötig gehalten, weil man damit rechne, daß 1980 die kommunalen Kindergärten ausrei-

chen würden. Die jetzt vorhandenen Kindergärten sollten aber die notwendige Unterstützung seitens des Staates erhalten.

Im Zusammenhang mit Fragen aus dem Bereich der kirchlichen Land- und Forstwirtschaft führte der Staatsratsvorsitzende aus, daß für die Kirchengüter dieselben Normen angewendet werden sollen wie bei der LPG Typ III. Der Bitte, für 40000 Hektar kircheneigenen Landes Nutzungsgebühren zu erhalten, werde entsprochen, obwohl es sich um Land handele, daß durch die Republikflucht der Pächter verlassen worden sei.

Für kirchliche Friedhöfe solle künftig eine gleiche Gebührenregelung gelten, wie für kommunale Friedhöfe. Mehrkosten könnten aus dem Haushalt der politischen Gemeinden erstattet werden.

Die Möglichkeiten für religiöse Handlungen in staatlichen Feierabend- und Pflegeheimen sollten gesichert werden. Es sei zu sichern, daß der Pfarrer Zugang zu den Heimen hätte. Bestehende Schwierigkeiten würden beseitigt.

Abschließend erklärte der Staatsratsvorsitzende, die genannten Fragen seien vorgeklärt worden, das Nötige würde veranlaßt. Es ginge darum, Schranken zu beseitigen, wo sie dem Miteinander von Menschen entgegenstehen, die verschiedener Weltanschauung und religiöser Überzeugung sind.

Bischof D. Albrecht Schönherr nahm nun das Wort zu einigen grundsätzlichen Ausführungen:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender des Staatsrates!

Lassen Sie mich Ihnen danken für die Einladung zu diesem Gespräch mit dem Vorstand der Konferenz der Kirchenleitungen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR.

Lassen Sie mich Ihnen nun auch für die Worte danken, die Sie an uns gerichtet haben. Seitdem der Bund der Evangelischen Kirchen zustande gekommen ist, ist dies das erste Gespräch auf höchster Ebene. Damit ist ein wichtiger Punkt in den Beziehungen zwischen Staat und Kirche markiert.

Wir empfinden die Tatsache des Gespräches aber auch als eine Bestätigung und Unterstreichung der Praxis, die sich auch auf den anderen Ebenen einspielt. Auch wir halten das Gespräch unter den gegebenen Umständen für die verheißungsvollste Form des Miteinanders von Christen und Nichtchristen, von Staat und Kirche.

Das Gespräch ist eine besonders intensive Form der Begegnung. Diese Tatsache widerspricht nicht, sondern sie unterstreicht das Prinzip der Trennung von Staat und Kirche, dem auch wir aus voller Überzeugung zustim-

men. In der Hauptstadt stehen sich das Rathaus und die Marienkirche, der Palast der Republik und der wiedererstehende Berliner Dom gegenüber, getrennt durch eine Boulevardzone, in der viel Wasser fließt, oder durch eine belebte Straße. Aber jedermann weiß, daß das keine unüberwindlichen Hindernisse sind, und niemand kann übersehen, daß viele Pfade hinüber- und herüberführen. Das ist eine gute Entwicklung, über die wir uns nur freuen können. Wir haben den aufrichtigen Wunsch, daß sie sich fortsetzt. Sie könnte zu jener Veränderung, zur Veränderung mancher Verhältnisse und zur eigenen Veränderung beitragen, von der Paul Verner vor sieben Jahren sprach. Auch die ideologischen Gegensätze, die weder verwischt noch verharmlost werden sollten, können keine unübersteigbaren Barrieren bilden. „Wenn es um eine gerechtere, friedlicheren und freundlichere Welt geht, und wenn wir wissen, daß daran mitzuwirken Gottes Wille ist, dann brauchen wir die Grenzen der Ideologie nicht ernster zu nehmen als die gemeinsame Aufgabe.“ (Erinnerung und Vermächtnis, 1975 S. 19).

Es geht beiden Seiten, je von ihren Voraussetzungen aus um die Verantwortung für die gleiche Welt und für den gleichen Menschen. Und dieser Mensch ist nun einmal immer zugleich Staatsbürger und Träger einer Grundüberzeugung. Weil man den Menschen nicht zerteilen kann, sind solche Begegnungen aller Art nicht nur nützlich, sondern lebensnotwendig. Und ich darf betonen, daß der Christ seine Existenz als Staatsbürger nicht nur so versteht, daß er die bestehenden Gesetze rein formal beachtet, sondern daß er sich von seinem Glauben her verantwortlich sowohl für das Ganze als auch für den Einzelnen und für dessen Verhältnis zum Ganzen weiß. Darum halten wir Christen viel vom Gespräch, weil darin, im Geben und Nehmen, schöpferische Kräfte freigesetzt werden können. Der christliche Glaube ist nicht an einen bestimmten Staat oder an eine Staatsform gebunden, weil der, an den er glaubt, an niemanden gebunden ist. Der Christ wird es, je nachdem, leichter oder schwerer haben, auf keinen Fall wird er sich aus der Verantwortung entlassen wissen, in die ihn die Liebe zu den Menschen und zur Welt gestellt hat. Das ist der tiefste Grund dafür, daß er, auch bei unterschiedlichen Grundüberzeugungen, die Begegnung sucht.

Und er empfindet Genugtuung darüber, daß auch der nichtchristliche Partner von seinen Voraussetzungen aus das Gespräch sucht.

Wir haben die Erfahrung gemacht, daß diese Gespräche an Tiefe und Freimut gewonnen haben. Ihr Inhalt ist durch das Stichwort bezeichnet, das weithin Zustimmung gefunden hat: „Kirche im Sozialismus“. 1973 formulierte eine Synode des Bundes: „Kirche im Sozialismus wäre die Kirche, die dem christlichen Bürger und der einzelnen Gemeinde hilft, daß sie einen

Weg in der sozialistischen Gesellschaft in der Freiheit und Bindung des Glaubens finden und bemüht sind, das Beste für alle und das Ganze zu suchen. Kirche im Sozialismus wäre eine Kirche, die auch als solche, in der selben Freiheit des Glaubens, bereit ist, dort wo in unserer Gesellschaft menschliches Leben erhalten und gebessert wird, mit vollem Einsatz mitzutun, und dort, wo es nötig ist, Gefahr für menschliches Leben abzuwenden zu helfen. Es kann sich, wie sich gezeigt hat, ergeben, daß wir Christen im Lichte der Verheißung Gottes und unter seinem Gebot Probleme und Nöte in Welt und Gesellschaft anders sehen, als sie von anderen Voraussetzungen aus gesehen werden, oder Fragen hören, die andere nicht so hören.“ Diese Freiheit, die aus der Bindung des Glaubens kommt, möchten wir uns auch in Zukunft nehmen.

Menschliches Leben zu erhalten – Gefahren für menschliches Leben abzuwenden: darum geht es vor allem bei dem Hauptthema unserer Zeit: Erhaltung und Sicherung des Friedens, Abrüstung, Bereitstellung der damit freiwerdenden Potenzen für den Aufbau einer glücklicheren, reicherer, freundlicheren Welt. Dies Ziel wird nur zu erreichen sein, wenn der mühsame Weg der Entspannung mit Geduld und Zielstrebigkeit weiter verfolgt wird, der in Helsinki so verheißungsvoll begonnen hat. Der Ökumenische Rat der Kirchen hat Helsinki ein „Zeichen der Hoffnung“ genannt. Es ist bekannt, daß die Kirchen in der DDR sich von Anfang an der Verwirklichung dieses hohen Zieles gewidmet haben. Sie wünschen nachdrücklich, daß Belgrad nicht hinter Helsinki zurückfallen möchte. Sie hoffen mit aller Kraft, daß die hohen Ziele, vor allem Sicherheit und Gewährung der Menschenrechte als Teil der Friedenssicherung sich über Belgrad hinaus schrittweise verwirklichen, so daß aus einem oft kalten und manchmal feindseligen Nebeneinander von Staaten verschiedener Gesellschaftsordnung eine echte Kooperation zu Gunsten aller Menschen wird. Damit würde – so hoffen wir zuversichtlich – auch dem sehnlichen Wunsch vieler Menschen, leichter über die Grenzen hinweg zusammenzukommen, wirksam entsprochen werden können.

Wir denken auch, daß auch die gemeinsame Überzeugung uns verbindet, daß eine Zukunft in Frieden und Zusammenarbeit nur zu erreichen ist, wenn die Vergangenheit echt bewältigt wurde. Unsere Kirchen haben sich ausdrücklich zum Stuttgarter Schuldbekenntnis von 1945 und zu dem Wort des Bruderrates 1947 in Darmstadt gestellt. Sie wehren sich dagegen, daß die Schuld unseres Volkes vertuscht oder heruntergespielt wird. Sie haben sich 1975 auf ihre Weise und von ihren Voraussetzungen aus Rechenschaft darüber gegeben. Der Bewältigung der Vergangenheit dient auch unser Beitrag für das Gesundheitszentrum des Kindes in Warschau, der in unseren

Gemeinden, in Landeskirchen und Freikirchen eine große und sichtbare Zustimmung gefunden hat.

Menschliches Leben erhalten – Gefahren für das Menschenleben abzuwehren: darum geht es bei der Hilfe für die schwachen und geschädigten Menschen. Die Kirchen in der DDR haben von den Vätern ein großes und verpflichtendes Erbe übernommen. Es zu erhalten und auf den heutigen Stand der Erkenntnis zu bringen, ist eine Hauptaufgabe unserer diakonischen Arbeit. Wir sind dankbar für das Verständnis und das hohe Lob, das von staatlicher Seite dieser Tätigkeit gezollt wird. Die sozialen Maßnahmen unseres Staates, das Prinzip der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, zeigen, daß auf diesem Gebiet eine echte und erfreuliche Zusammenarbeit besteht. Wir versuchen, den an uns gestellten Erwartungen nach Kräften gerecht zu werden. Für alle, die sehen wollen, stellen sich Aufgaben, die nur durch gemeinsame Anstrengungen aller Kräfte bewältigt werden können. Darum denken wir nicht nur an die diakonischen Einrichtungen und Anstalten, sondern auch an die freien Bemühungen, gefährdete Menschen in die Mitte zu nehmen. Das stellt hohe Anforderungen an unsere Gemeinden und in ihnen besonders an die diakonischen Mitarbeiter.

Christen, Gemeinden, die Gesamtkirche wollen sich diesen Aufgaben stellen. Sie wollen das von ihrem Glauben aus tun. Dafür brauchen sie Raum, materiellen und ideellen Raum.

Das gilt von den Räumen, in denen die christliche Gemeinde sich versammelt. Wir haben erfreut zur Kenntnis genommen, daß nunmehr auch in Neubaugebieten kirchliche Gebäude errichtet werden können. Wir hoffen, daß noch in diesem Frühjahr mit der Verwirklichung begonnen wird. Bauen bedeutet ja mehr als ein dringendes Bedürfnis zu befriedigen. Unsere Gemeinden sehen darin ein Zeichen für die Zukunft. Mit solchem Bauen ist deutlich gemacht, daß zur freien Religionsausübung, die die Verfassung jedem Bürger garantiert, auch der Besuch der Zusammenkünfte der Gemeinde, vor allem des Gottesdienstes gehört. Wir wünschen uns, daß der Begriff der freien Religionsausübung nicht engherzig verstanden wird. Dazu gehört zum Beispiel auch, daß dieser Begriff für christliche Kinder in Horten und Internaten, für behinderte alte Menschen in Alters- und Pflegeheimen voll angewandt wird. Bei allen diesen Wünschen geht es nicht nur um offizielle Beziehungen zwischen der Regierung und den Leitungen der Kirchen. Was Kirche im Sozialismus wirklich ist, bewährt sich zuallererst daran, ob der einzelne Bürger in der sozialistischen Gesellschaft mit seiner Familie als bewußter Christ leben und das Vertrauen haben kann, daß bei ihm und allen Christen dies auch in Zukunft möglich sein wird.

In diesem Zusammenhang haben wir Ihre Erklärung, sehr verehrter Herr Vorsitzender des Staatsrates, bei der ersten Tagung der neugewählten Volkskammer vom Oktober 1976 begrüßt, „daß unsere sozialistische Gesellschaft jedem Bürger, unabhängig von Alter und Geschlecht, Weltanschauung und religiösem Bekenntnis, Sicherheit und Geborgenheit, eine klare Perspektive und die Möglichkeit, seine Fähigkeiten und Talente, seine Persönlichkeit voll zu entfalten“ gibt. Es hängt viel davon ab, ob es Staat und Kirche gelingt, diese Auffassung auf allen Ebenen ins Bewußtsein zu bringen. Auch die Kinder christlicher Eltern oder solche Jugendliche, die sich selbst zum christlichen Glauben bekennen, stellen eine Potenz dar, auf die unsere Gesellschaft bei den großen Aufgaben, die die Zukunft ihr stellt, nicht verzichten sollte. Es ist und bleibt ein Problem, daß den mit der Erziehung Betrauten ein ungewöhnliches Maß von Takt und Toleranz abverlangt wird, die Spannung zwischen der Zusicherung der Glaubens- und Gewissensfreiheit einerseits und dem Erziehungsziel der kommunistischen Persönlichkeit andererseits nicht zum Nachteil der christlich bestimmten Kinder und Jugendlichen wirksam werden zu lassen. Lassen Sie es uns freimütig sagen: hier liegen unsere Hauptsorgen. Für das Zusammenleben in unserem Staat wird es große Bedeutung haben, daß der von Christen oder Nichtchristen offen geäußerten Überzeugung – ob es sich um Erwachsene oder Kindern handelt – Achtung gezollt wird. Diese Achtung sollte nicht nur verbalen Charakter haben, sondern sich auch in der Chancengleichheit, sowohl bei der Ausbildung wie bei der Betrauung mit wichtigen Funktionen, niederschlagen.

Wir haben den aufrichtigen Wunsch, daß durch die Begegnungen und Gespräche zwischen Vertretern des Staates und der Kirche jenes Vertrauen wachsen kann, das die Redlichkeit des anderen nicht in Frage stellt, sondern voraussetzt. Dies Vertrauen wird sich umso mehr durchsetzen, je mehr die entsprechenden Erfahrungen nicht nur auf höchster Ebene, sondern an der Basis gemacht werden. Offenheit und Durchsichtigkeit sind das Barometer des Vertrauens. Das Verhältnis von Staat und Kirche ist so gut, wie es der einzelne christliche Bürger in seiner gesellschaftlichen Situation vor Ort erfährt.

Begegnungen dieser Art, wie wir sie heute erleben, haben sich als Marksteine der Beziehungen zwischen Staat und Kirche erwiesen. Möge das auch für dies Gespräch gelten, in dem es eine gute Entwicklung fortsetzt, bekräftigt, vertieft und auf allen Ebenen ausdehnt.

Darauf gaben die Mitglieder des Vorstandes kurze Gesprächsbeiträge.

Der Präses der Bundessynode, Siegfried Wahrmann, dankte für die Zusage, die Bewohner kirchlicher Alters- und Pflegeheime denen in staatlichen Heimen gleichzustellen, und für die Zusicherung von Gottesdiensten in staatlichen Alters- und Pflegeheimen. Er äußerte die Erwartung, daß es durch Verhandlungen mit dem Ministerium für Gesundheitswesen gelingen möge, auch die Altersversorgung der Ärzte in kirchlichen Einrichtungen denen im staatlichen Bereich anzugleichen. Es wäre zu überlegen, ob Studenten der Medizin auch als Famulanten in kirchlichen Krankenhäusern ausgebildet werden könnten.

Präsident Kurt Domsch begrüßte in seinem Gesprächsbeitrag die wachsende Gesprächsoffenheit auf Bezirksebene. Er wies jedoch darauf hin, daß christliche Bürger weniger gute Erfahrungen bei ihren Gesprächen gemacht hätten. Die Bürger scheuten sich aus Angst oft, ihre Argumentation und ihre Fragen offen auszusprechen. Wie weit wir in unserem Bewußtseinsprozeß gekommen seien, werde sich an der Kader- und Bildungspolitik des Staates erweisen. Mancher könne seine Fähigkeiten nicht voll einbringen, Talente würden vergraben, statt sie hervorzulocken. Das Bekenntnis zu Marxismus-Leninismus dürfte nicht zum alleinigen Maßstab für die Einsatzfähigkeit eines Menschen gewacht werden.

Kritische Anfragen dienten nicht dem Ziel, die DDR schlecht zu machen, sondern wollten helfen, daß es bei uns besser werden könne, erklärte Bischof Dr. Werner Krusche. Er berichtete von Begegnungen mit Studenten, die ihm gegenüber erklärt hätten, sie rechneten nicht mehr damit, daß ein Absolvent, der sich christlich engagiert habe, eine leitende Stelle etwa als Chefarzt, daß ein Christ für leitende Funktionen nicht mehr in Frage kommt. Bischof Krusche ging dann auf die Erwartungen und Entwicklung nach der KSZE in Helsinki ein. Es sei erfreulich, daß bei Besuchen von Bürgern der DDR in der BRD Regelungen getroffen werden können, solche Besuche zu erleichtern. Doch gebe es auch Fälle, die zu Verwundungen der Bürger führten. Es wird vor allem als demütigend empfunden, daß bei der Ablehnung von Reisen keine Begründung erfolgt. Hier fühlten sich die Bürger weithin einem anonymen Mechanismus ausgeliefert. Es müßte versucht werden, vermeidbare Verletzungen und Kränkungen von Menschen auszuschalten. In diesem Zusammenhang erwähnte der Bischof auch die Problematik der Übersiedlungsanträge. Die Kirchen hätten von Anfang an zum Bleiben in der DDR aufgerufen und sich jeden Gedanken an Emigration verboten sein lassen. Es gebe aber Fälle, in denen es geboten sei, solchen Anträgen zu entsprechen. Auch hier sei es wichtig, wie Menschen behandelt würden, wenn eine Ablehnung ausgesprochen werden müßte. Solche Menschen

müßten mit besonderer Geduld und Behutsamkeit behandelt werden. Als Bischof habe er in der Seelsorge von Maßregelungen solcher Antragsteller gehört und frage sich, wie eine Reintegration dieser Menschen möglich sein solle, die solche Verwundungserfahrungen gemacht haben.

Frau Christina Schultheiß dankte für die zugesicherte Unterstützung bei der Vorbereitung des Lutherjubiläums 1983. Sie berichtete dann von ihren Erfahrungen an der Basis und von der Unruhe und den Hindernissen in den Gemeinden, die einer freien Berufswahl entgegenstehen. Junge Menschen können nicht werden was sie wollen. Dem Staat gehen dadurch Kräfte und Zeit verloren, weil nach der Ausbildung in einem Beruf, den man nicht will, der zweite Bildungsweg beschritten wird. Nun würde man den Beruf erlernen, zu dem man Lust und Freude habe. Sie selbst versuche, Wege zu finden, um junge Menschen zu ihrem Berufswunsch zu helfen, weil staatliche Stellen sie nicht anhören, und die Jugendlichen auch kein Vertrauen zu ihnen finden.

Oberkonsistorialrat Manfred Stolpe sprach abschließend über die ökumenische Arbeit des Bundes. Er dankte für die Unterstützung von Seiten der staatlichen Stellen und brachte die Hoffnung zum Ausdruck, daß auch offene Fragen gelöst werden können.

Abschluß des Gesprächs

Der Vorsitzende des Staatsrates dankte für das freimütige Gespräch. „Ohne Freimütigkeit geht nichts“. Er bezeichnete das Gespräch zugleich als eine Krönung und als einen Anfang. Es sei das erste derartige Gespräch in der DDR und es stelle das Ergebnis eines Entwicklungsprozesses im Verhältnis von Kirche und Staat am Vorabend des 30. Jahrestages der DDR dar. Solch ein Gespräch könne seine Fortsetzung finden.

Sodann griff Erich Honecker eine Reihe von Passagen aus Gesprächsbeiträgen der Vertreter der Kirche auf, wobei er besonders auch das von Bischof Dr. Schönherr gebrauchte Bild des Zueinanders von Rathaus und Marienkirche, Palast der Republik und Dom mit ihren Querverbindungen als einen symbolkräftigen Ausdruck aufnahm.

In Äußerungen zur außenpolitischen Situation ging er ausführlich auf das Verhältnis der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland ein, das er als von entscheidender Bedeutung für die Fortführung des Entspannungsprozesses in Europa und damit in der ganzen Welt bezeichnete.

Zur Situation in der DDR betonte der Staatsratsvorsitzende, wie wichtig es sei, daß Menschen sich in der DDR wohlfühlen könnten. Es bestehe der feste Wille seitens des Staatsrates, des Ministerrates, des ZK der SED, in Verbindung mit den anderen Parteien, daß bei der weiteren Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft die Chancen für alle offen gehalten werden, daß also Chancengleichheit herrscht, und alle Menschen die Freiheit der Mitwirkung auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens haben, wozu zweifellos auch der Beruf gehört. Es wäre schlecht, wenn etwa ein talentierter Mensch nicht Chefarzt werden könne, nur weil er christlichen oder auch anderen Glaubens sei. Das widerspricht der Staatsdoktrin der DDR. Chancengleichheit muß in jeder Beziehung sichergestellt werden.

Alle im Gespräch geäußerten Fragen würden die Vertreter des Staates bewegen, darüber nachzudenken. Wir sind für einen Sozialismus mit allen und für alle Bürger. Die Gleichachtung aller Bürger betrachten wir als Norm für die zwischenmenschlichen Beziehungen. Das Eintreten für Glaubens- und Gewissensfreiheit ist für die Kommunisten nichts Neues. In diesem Zusammenhang verwies Erich Honecker auf Äußerungen der KPF vom Jahre 1933 und Wilhelm Piecks Rede am 15. 4. 1944 vor dem Nationalkomitee „Freies Deutschland“.

Abschließend betonte der Vorsitzende des Staatsrates nochmals die Wichtigkeit des gemeinsamen Weges. „Das Gespräch wird nicht vergebens sein.“

Bischof Dr. D. Schönherr bezog in seinen Dank am Abschluß des Gespräches sowohl die grundsätzlichen Ausführungen mit der in ihnen enthaltenen Zusicherung, daß sie sich auch auf unterster Ebene auswirken würden, als auch das positive Aufgreifen der konkreten Sachfragen ein.

(In diesen Auszügen aus den Materialien zur Schnellinformation vom 13. 3. 78, die vom Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR am 17. 3. 1978 unter der Nr. 2506-337/78 ausgegeben worden sind, fehlen die Punkte „Zur Vorgeschichte“, „Zum Ablauf des Gespräches“ und der Anhang 2, der die im ND vom 7. 3. 1978 veröffentlichte Pressemitteilung des Staatsrates der DDR enthält. Die Anlage 1, das Referat von Bischof D. Schönherr, ist an der entsprechenden Stelle eingefügt worden.)

Christen wirken mit am Werk des Sozialismus

Erich Honecker empfing Vorstand der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR im Amtssitz des Staatsrates zu einem Antrittsbesuch

BERLIN (ADN DV). Der Generalsekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Erich Honecker, empfing gestern den Vorstand der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der Deutschen Demokratischen Republik unter Leitung seines Vorsitzenden, Bischof D. Dr. Albrecht Schönherr, zu einem Antrittsbesuch. An der Begegnung im Amtssitz des Staatsrates nahmen weiter die Mitglieder des Vorstandes Bischof Dr. Dr. Werner Krusche, Präsident Kurt Domsch, Frau Christina Schultze und Präses Siegfried Wahrmann teil. Ferner war der Leiter des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, Oberkonsistorialrat Manfred Stolpe, anwesend.

Erich Honecker würdigte das Friedensengagement, zu dem sich die Kirchen gemäß den christlichen Maximen der Achtung vor dem Leben und des Dienstes am Nächsten gerufen wissen. Ihr Eintreten für die Erhaltung des Friedens, für Entspannung und Völkerverständigung könne man nur mit Befriedigung aufnehmen. Insbesondere sei die große Bedeutung des Beitrags der Kirchen zur Begrenzung des Wettrüstens, zum Verbot der Massenvernichtungsmittel, vor allem der Neutronenwaffe, zu unterstreichen. „Für uns und gewiß auch für Sie ist es beunruhigend“, sagte der Vorsitzende des Staatsrates, „daß trotz der Fortschritte in der Entspannung das Wettrüsten von imperialistischer Seite ständig forciert wird.“

Darum halten wir die bevorstehende Sondertagung der UNO über die Abrüstung für sehr wichtig, wir denken, daß auch die Kirchen hier ein Feld weiterer aktiver Mitwirkung sehen. Der Ruf der ganzen friedliebenden Menschheit geht nicht nach neuen Waffen, sondern nach Beendigung des Wettrüstens und nach Abrüstung.“

Der Vorsitzende des Staatsrates brachte seine Wertschätzung für die humanitäre Hilfe der Kirchen

in der DDR an notleidende und um ihre Befreiung kämpfende Völker zum Ausdruck.

Dadurch werde dem edlen Anliegen ein Dienst geleistet, Rassismus und Neokolonialismus aus dem Leben der Menschheit zu verbannen. Tatkräftig unterstütze die DDR den Kampf der Völker für Freiheit, Unabhängigkeit und Fortschritt, für den Aufbau ihres neuen Lebens.

Innenpolitisch verfolge die DDR unbeirrbar den Kurs des Wachstums, des Wohlstands und der Stabilität weiter. Vorrangiges Bestreben sei es, daß die Menschen unseres Landes in Frieden leben können und ihnen die Früchte ihres Fleißes sowohl in materieller als auch in kultureller Hinsicht zugute kommen. „Den Kirchen als Kirchen im Sozialismus“, so betonte Erich Honecker, „eröffnen sich heute und künftig viele Möglichkeiten des Mitwirkens an diesen zutiefst humanistischen Zielen. Wir gehen von der Beteiligung aller Bürger am Werk des Sozialismus aus, das im gesellschaftlichen wie im individuellen Interesse liegt.“

Dafür seien die Wertschätzung und großzügige Unterstützung der

(Fortsetzung auf Seite 2)

„Das Volk“,
7. März 1978

(Fortsetzung von Seite 1)

diakonischen Arbeit der Kirchen durch unsere staatlichen Organe ein deutlicher Ausdruck. Die Arbeit, die in kirchlichen Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens geleistet werde, diene gesamtgesellschaftlichen Interessen. Sinnvoll füge sie sich in das Grundanliegen des Sozialismus ein, alles für das Wohl des Menschen zu tun. Auch weiterhin werde diese Tätigkeit materiell und durch die Ausbildung qualifizierter Fachkräfte unterstützt.

Wie Erich Honecker betonte, stellen die Gleichberechtigung und Gleichachtung aller Bürger, ihre uneingeschränkte Einbeziehung in die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft eine Norm dar, welche die zwischenmenschlichen Beziehungen prägt und für alle verbindlich ist. Dementsprechend stehe in der DDR jedem Bürger, gerade auch jedem Jugendlichen der Weg zu hoher Bildung, beruflicher Ausbildung und Entwicklung offen.

Der Vorsitzende des Staatsrates erklärte zur Situation der Kirchen und der Christen in der DDR, daß die Freiheit der Religionsausübung bei klarer Trennung von Staat und Kirche verfassungsmäßig garantiert und in der Praxis gesichert ist. „Wir bringen hier sehr viel Verständnis auf, und daran halten wir fest.“

Die weltweite Anerkennung der DDR habe den Kirchen unseres Landes eine gleichberechtigte aktive Mitarbeit in der Ökumene ermöglicht. Wohl zu schätzen wisse unser Staat die ökumenische Tätigkeit der Kirchen der DDR für Frieden, Entspannung und Völkerverständigung.

Bischof Schönherr führte namens der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR aus, „es gehe beiden Seiten, je von ihren Voraussetzungen aus um die Verantwortung für die gleiche Welt und für den gleichen Menschen. Und dieser Mensch ist nun einmal immer zugleich Staatsbürger und Träger einer Grundüberzeugung. Weil man den Menschen nicht zerteilen kann, sind solche Begegnungen aller Art nicht nur nützlich, sondern lebensnotwendig. Und ich darf betonen, daß der Christ seine Existenz als Staatsbürger nicht nur so versteht, daß er die bestehenden Gesetze rein formal beachtet, sondern daß er sich von seinem Glauben her mitverantwortlich sowohl für das Ganze als auch für den einzelnen und für dessen Verhältnis zum Ganzen weiß.“

Bischof Schönherr bezeichnete die Kirche im Sozialismus als Kirche, die dem christlichen Bürger und der einzelnen Gemeinde hilft, daß sie einen Weg in der sozialistischen Gesell-

schaft in der Freiheit und Bindung des Glaubens finden und bemüht sind, das Beste für alle und für das Ganze zu suchen. Kirche im Sozialismus wäre eine Kirche, die auch als solche, in derselben Freiheit des Glaubens, bereit ist, dort, wo in unserer Gesellschaft menschliches Leben erhalten und gebessert wird, mit vollem Einsatz mitzutun und dort, wo es nötig ist, Gefahr für menschliches Leben abwenden zu helfen.

„Menschliches Leben zu erhalten – Gefahren für menschliches Leben abzuwenden: Darum geht es vor allem bei dem Hauptthema unserer Zeit: Erhaltung und Sicherung des Friedens, Abrüstung, Bereitstellung der damit freiwerdenden Potenzen für den Aufbau einer glücklicheren, reicheren, freundlicheren Welt. Dies Ziel wird nur zu erreichen sein, wenn der mühsame Weg der Entspannung mit Geduld und Zielstrebigkeit weiter verfolgt wird, der in Helsinki so verheißungsvoll begonnen hat, der ökumenische Rat der Kirchen hat Helsinki ein „Zeichen der Hoffnung“ genannt. Es ist bekannt, daß die Kirchen in der DDR sich von Anfang an der Verwirklichung dieses hohen Zieles gewidmet haben. Sie hoffen mit aller Kraft, daß die hohen Ziele, vor allem Sicherheit und Gewähr der Menschenrechte als Teil der Friedenssicherung sich über Belgrad hinaus schrittweise verwirklichen.“

Abschließend äußerte er den aufrichtigen Wunsch, daß durch die Begegnungen und Gespräche zwischen Vertretern des Staates und der Kirche jenes Vertrauen wachsen kann, das die Redlichkeit des anderen nicht in Frage stellt, sondern voraussetzt. Dieses Vertrauen werde sich um so mehr durchsetzen, je mehr die entsprechenden Erfahrungen auf allen Ebenen gemacht werden. „Offenheit und Durchsichtigkeit sind das Barometer des Vertrauens. Das Verhältnis von Staat und Kirche ist so gut, wie es der einzelne christliche Bürger in seiner gesellschaftlichen Situation vor Ort erfährt.“

Im Verlaufe des Gesprächs wurden verschiedene Sachfragen erörtert bzw. einer Lösung zugeführt. So unter anderem über kirchliche Sendungen im Rundfunk und Fernsehen, zu Fragen der Seelsorge in Strafvollzugsanstalten und zur Altersversorgung für auf Lebenszeit angestellte kirchliche Mitarbeiter. Kirchlichen Aktivitäten zum Lutherjubiläumjahr 1983 wurde Unterstützung staatlicherseits zugesichert.

Abschließend konnten beide Seiten mit Befriedigung feststellen, daß die Beziehungen der Kirchen zum Staat in den letzten Jahren zunehmend von Sachlichkeit, Vertrauen und Freimütigkeit geprägt werden.

Orte der Zivilcourage – Konzeption

Erinnerung – Identität – Aktion

1. Idee

Gibt es eine ostdeutsche Identität? – Eine vielgestellte Frage, die das Problem der DDR-Identität zum Hintergrund hat. Die Antwort ist bisher offengeblieben und der doppelte Identitätsverlust der Ostdeutschen vor und nach der Wende äußert sich in den bekannten Schwierigkeiten beim Aufbau von Demokratie und sozialer Marktwirtschaft in den neuen Bundesländern. Ein Schritt zur Problemlösung ist die Suche nach Identifikationsmöglichkeiten in der Region. Wo das in Hinsicht auf Traditionen, Landschaften und historische Bauten bereits begonnen hat, sind erste Erfolge zu sehen. Darüber hinaus können zwischen Erzgebirge und Ostseeküste Ereignisse und Personen benannt werden, die die ideologiefreien Werte der Humanität auch in Zeiten des Totalitarismus dargestellt und vertreten haben. Für die Ära des Nationalsozialismus ist das längst geschehen, wenn auch noch nicht abgeschlossen. Über die Geschichte der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR ist inzwischen viel geforscht worden, Vereine und Institutionen widmen sich diesem Thema, aber Ereignisse, Personen und Orte widerständigen Verhaltens sind in ihrer Region kaum bekannt, geschweige denn, dass sie im öffentlichen Bewusstsein weiterwirken. Genau diesem Thema aber widmet sich die Aktion „Orte der Zivilcourage“.

Dabei sollen keine neuen Helden geschaffen, sondern Ereignisse benannt werden, in denen sich Zivilcourage im Alltag des Totalitarismus artikuliert hat. Gerade die Einbettung von mutiger Haltung und Handlung ins Alltägliche ermöglicht die nachträgliche Identifizierung der Zeitgenossen und der jüngeren Generation. Wo Menschen mit humanitären Werten Indoktrination und Unterdrückung stand- und gegengehalten haben, muss man sich seiner Vergangenheit nicht schämen, selbst wenn andere die oppositionelle Tat vollzogen.

Die Umsetzung der Konzeption für „Orte der Zivilcourage“ erschöpft sich allerdings nicht in dieser heilsamen psychologischen Wirksamkeit. Ihr eigentlicher Zweck wird erst an dieser Stelle genannt: Die Ehrung der Verursacher, also der Bürgerinnen und Bürger, die ohne Heldentum ihrer Überzeugung in Wort und Tat Ausdruck verliehen haben, dass die Menschenrechte am Ende stärker sind als das Recht des Stärkeren. Darüber

hinaus wird das bekannte Defizit in der Vermittlung von DDR-Geschichte – wie es erst kürzlich Marianne Birthler beklagt hat – an einer wesentlichen Stelle gemindert.

2. Elemente

- **Erinnerung:** Aufsuchen von Personen und Orten, die mit Ereignissen in Ostdeutschland verbunden sind, in denen sich Zivilcourage in der Zeit zwischen 1945 und 1990 geäußert hat, Verifizierung in Wort und Bild (Printmedien und Film)
- **Identität:** Verortung in der Region, Bekanntmachung, Einbindung der örtlichen Multiplikatoren (Meinungsführer); örtlichen Träger für „Aktion“ suchen
- **Aktion:** Pressearbeit, Veranstaltung zur Erinnerung und Vergegenwärtigung, Gedenktafel, Broschüre mit regionalen Bezug, Buch/Film zum Thema, Projekte

Diese Elemente zeigen bereits pädagogisch-didaktische Aspekte der Konzeption auf. Bildungsarbeit geschieht bereits im Vorfeld der „Aktion“. Sobald der „Ort der Zivilcourage“ identifiziert ist, kann eine kontinuierliche Projektarbeit bezogen auf Schul-, Hochschul- und Erwachsenenbildung beginnen. Im Nebeneffekt hilft die damit verbundene Distanz zum herkömmlichen Unterrichtsgeschehen dem Teil der Lehrkräfte, die mit der Vermittlung von DDR-Geschichte aus persönlichen Gründen Schwierigkeiten haben.

3. Projektträger

Im Pilotprojekt Sachsen-Anhalt (Kongress „Frieden und Gerechtigkeit heute“ am 26./27. April 2002) fungieren die Landeszentrale für politische Bildung und die Behörde der Landesbeauftragten für die Stasiunterlagen als Träger. Die beiden großen Kirchen haben sich der Aktion angeschlossen (der Gedenkort ist in diesem Fall ein katholisches Pfarrhaus). Das Projekt wird im wesentlichen von Mitgliedern von „Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.“ vorbereitet. Der Vorsitzende, Hans Koschnick, ist selbst vor Ort. Der internationale Bezug (Charta 77) ist hervorzuheben.

Die weitere Planung bezieht sich bisher geographisch auf Sachsen-Anhalt und inhaltlich auf die 50. Wiederkehr des Aufstandes am 17. Juni 1953 (vgl. dazu die Broschüre „Der 17. Juni 1953 in Halle – ein Tag der Zivilcourage“, Halle 2001). Darüber hinaus sollen die Menschenrechtsgruppen der 68er und 70er und die oppositionellen Gruppen der 80er Jahre Gegenstand des Projektes sein.

Schleierufer 12 • 39104 Magdeburg • Telefon (0391) 5 65 34-0 • Fax 5 65 34-13



An die Vertreter/innen von Presse, Funk und Fernsehen

Tagung

„Frieden und Gerechtigkeit heute“

- 25 Jahre Querfurter Papier

eine Kooperationsveranstaltung
der Landesbeauftragten für die Unterlagen
des Staatssicherheitsdienstes
der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt und
der Landeszentrale für politische Bildung des Landes Sachsen-Anhalt

vom 26. bis 27. April 2002 in Querfurt

Am 29. April 1977 unterzeichneten in Querfurt Mitglieder einer „ökumenischen Predigt-Arbeitsgemeinschaft“ ein Dokument, das mit der Aufforderung zu „Frieden und Gerechtigkeit heute“ in der Folge vielen Menschen Orientierung gab und Mut zum Handeln machte. Die Kirchenleitungen wurden damit in die Pflicht genommen, in ihrer Haltung den regierungsamtlichen Stellen gegenüber keinen Opportunismus zuzulassen, und Staat und Staatssicherheit gerieten in hektischen Aktionismus ob solcher vermeintlich staatsfeindlichen Äußerungen, die zurecht Verbindungen zur Charta 77 erkennen ließen.

Mit dieser Tagung wollen die Veranstalter den Weg des Querfurter Papiers und seiner Wirkungsgeschichte nachgehen sowie dessen bleibende Bedeutung formulieren. Am zweiten Tag wird das Projekt „Orte der Zivilcourage“ gestartet, mit dem Menschen und Ereignisse bekannt gemacht werden sollen, die sich in den Jahren 1945 bis 1989 in der SBZ/DDR für Demokratie und Menschenrechte besonders eingesetzt haben. Schirmherr ist Wolfgang Thierse, Präsident des Deutschen Bundestages, als Hauptredner der Tagung konnte Bürgermeister a. D. Hans Koschnick, Vorsitzender des Vereins Gegen Vergessen - Für Demokratie e. V., gewonnen werden.

Zu einem Pressegespräch über den personellen und oppositionellen Hintergrund des Querfurter Papiers und zum Tagungsverlauf sind Sie herzlich eingeladen für

Mittwoch, den 20. März 2002
14.30 Uhr
in die

Landeszentrale für politische Bildung des Landes Sachsen-Anhalt
Schleierufer 12, 39104 Magdeburg.

Pressemitteilung

Schleierufer 12 • 39104 Magdeburg • Telefon (0391) 5 65 34-0 • Fax 5 65 34-13



Einladung zur

T A G U N G

„FRIEDEN UND GERECHTIGKEIT HEUTE“

- 25 Jahre Querfurter Papier

unter der Schirmherrschaft
des Präsidenten des Deutschen Bundestages,
Wolfgang Thierse

vom 26. bis 27. April 2002 in Querfurt

und zu einem

LESEKONZERT

mit unangepassten Liedern
von Christian Kunert (Renft Combo)

und widerständigen Texten
von Lothar Tautz (Publizist)

aus seinem Buch

„Warte nicht auf bessere Zeiten ...“

am 26. April 2002, um 20.00 Uhr
auf der Burg Querfurt

- Eintritt frei -

Einzelheiten erfahren Sie unter der Telefon-Nummer: (0391) 565 - 34 11.

»Querfurter Papier«

Querfurt/Magdeburg (dk) – Mit einer Tagung am 26. und 27. April will die Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt gemeinsam mit der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen an die Entstehung des »Querfurter Papiers« vor 25 Jahren erinnern. Neben Zeitzeugen und Historikern würden dazu auch Vertreter der tschechischen »Charta 77« und der frühere Bremer Bürgermeister Hans Koschnik als Referenten erwartet, sagte Direktor Bernd Lüdemeier in Magdeburg.

Das am 29. April 1977 verabschiedete Papier unter dem Titel »Frieden und Gerechtigkeit heute« war ein politisches Manifest, das sich vorwiegend an kirchliche Mitarbeiter richtete und vor einer Anpassung der Kirchen warnte. Anmeldungen für die Tagung in Querfurt sind an die Landeszentrale für politische Bildung, Schleierufer 12, 39104 Magdeburg, Tel.: 0391/56 53 40, zu richten.

„Die Kirche“, 31. März 2002

Kalenderblatt

Vor 25 Jahren wurde das »Querfurter Papier« verabschiedet

Das Querfurter Papier war ein politisches Manifest, das ursprünglich mit der Überschrift »Frieden und Gerechtigkeit heute« versehen und an Mitarbeiter der evangelischen und katholischen Kirche gerichtet war. Es entstand im Zusammenhang mit dem KSZE-Prozess und weist Analogien zur tschechischen »Charta 77« auf. Das Papier, am 29. April 1977 in Querfurt verabschiedet, wurde von evangelischen und katholischen Christen um den Priester Dieter Tautz verfasst und vorwiegend von der Naumburger Menschenrechtsgruppe verbreitet.

Diese Gruppe hatte unter der Ägide von Lothar Tautz und Christian Radeke im Frühjahr 1977 bereits eine Dokumentation zur Ausweisung von Oskar Bräsewitz und zum Wirken des verfolgten und in den Westen abgeschobenen Vikars Günter Schaub mit dem Titel »Kirche zwischen Opportunismus und Opposition« veröffentlicht.

Im Querfurter Papier wird unter

Berufung auf den christlichen Versöhnungsauftrag die politische Einrede der Kirchen bekräftigt. Gewarnt wird vor der Anpassung der Kirchen, ihrer »Fremdbestimmung« und vor dem bequemen Schweigen.

Im ersten Teil wird festgestellt, dass wahrer Frieden nur erreicht werden könne, wenn statt »Klassenkampf« und »Abgrenzung« »Brücken der Verständigung« errichtet würden. Die »Militarisierung des Denkens und Lebens« und die »umfassende Umerziehung zum Freund-Feind-Denken« diene nicht dem Frieden, sondern nur der Respekt vor »jedem Menschen in seiner Lebensgestalt«, heißt es darin weiter.

Im zweiten Teil wird die Spannung zwischen »gesellschaftlicher Vielfalt« und der »Einheitsgesellschaft« der DDR benannt, die zu Gunsten »der Würde und des Eigenwertes des Einzelnen« aufgelockert werden müsse. »Nur wo die Pluralität beachtet wird, werden Menschen gern Bürger ihres Staates sein.« Die »Freiheit des Einzel-

nen« müsse in einem »ausgewogenen Verhältnis zur Bindung an das soziale Ganze« stehen. Entgegen den Ausreißerboten wird erklärt: »Nur wer frei ist zu gehen, wird freiwillig gern bleiben.« Die Menschen hätten ein »allseitiges Informationsrecht«. »Nur wo offene Kritik keine Repressalien befürchten muss, wird gesellschaftliches Engagement sinnvoll.« Alle auch theologisch begründeten Menschenrechte seien überdies in der Schlussakte von Helsinki verankert.

Schon bald im Visier der Staatssicherheit

Der dritte Teil thematisiert die internationale Zusammenarbeit. »Die Aufgaben des zukünftigen Überlebens verlangen, dass wir willig sind, schon morgen mit dem Gegner von heute zusammenzuarbeiten.« Es sei gefährlich, »wenn einer dem anderen sein System aufzwingen« wolle.

Die Staatssicherheit stellte umgehend die »Gesellschaftsgefährlich-

keit« des Papiers fest und sah die Gefahr der Entwicklung einer Bürgerrechtsbewegung. Es leitete im Rahmen des ZOV »Korinther« Zersetzungsmaßnahmen gegen die Initiatoren ein und versuchte dazu auch die Kirchenleitung zu benutzen. Das Papier fand nicht zuletzt wegen dieser Maßnahmen keine große Öffentlichkeit, wenngleich es auch ein beeindruckendes Zeugnis des Freiheitswillens und der Argumentation von oppositionellen Menschenrechtsgruppen war.

Mit einer Tagung am 26. und 27. April erinnert die Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt gemeinsam mit der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen an die Entstehung des »Querfurter Papiers« vor 25 Jahren. Anmeldungen für die Tagung in der Burg Querfurt sind an die Landeszentrale für politische Bildung, Schleierufer 12, 39104 Magdeburg, Tel.: 0391/56 53 40, Fax: 0391/5 65 34 13, zu richten.

„Die Kirche“,
21. April 2002

Tagung in Querfurt

Ostdeutscher „Korinther“-Brief für Frieden und Gerechtigkeit

Erinnerung an brisantes 1977-er Papier von Katholiken und Protestanten

Von THOMAS ALTMANN

Querfurt/MZ. „Inoffiziell wurde bekannt, daß im Amtsbereich der evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen illegal ein sogenanntes „Querfurter Papier“ mit dem Titel „Frieden und Gerechtigkeit heute“, datiert mit Querfurt, den 29. April 1977, erarbeitet wurde“, heißt es im „Eröffnungsbericht zum Zentralen-Operativ-Vorgang Korinther“ der Staatssicherheit.

Leitung in der Pflicht

„Korinther“ deshalb, weil die Mitarbeiter einer ökumenischen Predigt-Arbeitsgemeinschaft ihrem Papier, das dem Einzelnen Orientierung bieten wollte und zugleich die häufig taktierende Kirchenleitung in die Pflicht nahm, einen Bibeltext voranstellten. Das Papier selbst bezeugt eine eindeutig engagierte Haltung, weshalb es auch als „ostdeutsche Variante der Charta 77“ bezeichnet wird.

Die Landeszentrale für politische Bildung hatte am Wochenende Politiker und Wissenschaftler auf die Burg Querfurt geladen. Symboli-

scher Mittelpunkt der Tagung, die in Zeitzeugenberichten und Reflexionen auch das Umfeld des Papiers thematisierten, war die Enthüllung einer Gedenktafel an der Katholischen Kirche Querfurt. Das Projekt „Orte der Zivilcourage“ sollte, so Lothar Tautz, erinnernd ostdeutsches Selbstbewusstsein stärken und Möglichkeiten zum Handeln suchen. Tautz gehörte zu jenen Naumburger Theologiestudenten, die seinerzeit den ersten Teil des Papiers erarbeiteten, das im Pfarrhaus seines katholischen Namensvetters Dieter Tautz unterschrieben wurde. In diesem Part wird das Prinzip des Klassenkampfes abgelehnt. Was recht allgemein als Friedensarbeit bezeichnet wurde, erhielt politische Brisanz durch die unverhohlene Kritik an der „Militarisierung des Denkens und Handelns“ in der DDR. Die offene Diskussion um Menschenrechte gewann später an Bedeutung.

Der „Korb 3“ der KSZE-Schlussakte (Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Helsinki, 1975) schuf eine Legitimation für die Kritik der politischen Gegner der SED. Das „Abkommen zwi-

schen Staat und Kirche“ zur „Kirche im Sozialismus“ von 1978 hingegen changiert in der Bewertung bis heute zwischen unangemessener Anpassung und diplomatischem Erfolg. Die Gespräche seien, so der DDR-Bürgerrechtler Ehrhart Neubert, von einem Status-quo denken beherrscht gewesen, das die Menschenrechte kaum thematisierte, weil diese einen Systemwechsel intendierten. Die meisten Proteste zielten aber auf „Handlungsräume in der geschlossenen Gesellschaft“ und seien somit reformistischer Art gewesen.

Beispiele zeigen

Der frühere Bremer Bürgermeister Hans Koschnik hat seinen Vortrag am Ende der Tagung unter das Thema des „Querfurter Papiers“ gestellt. Vielleicht auch, weil dieses im Westen kaum zur Kenntnis genommen wurde: „Frieden und Gerechtigkeit gehören zusammen“. Die sozialen Menschenrechte, die in der DDR die individuellen neutralisierten, sind jedenfalls akut. „Was wir tun können?“, fragte Koschnik: „Kleine Beispiele sichtbar werden zu lassen“.

Rückblick

Erinnerung an »Querfurter Papier«

Projekt »Orte der Zivilcourage« gestartet

Querfurt (epd) – Mit der Enthüllung einer Gedenktafel ist am 27. April in Querfurt das Projekt »Orte der Zivilcourage« für Sachsen-Anhalt gestartet worden. Im Rahmen der Initiative wollen die Landeszentrale für politische Bildung und die Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen mit Bildungsveranstaltungen, Publikationen und Gedenktafeln auf Widerstandsaktionen in der DDR aufmerksam machen.

Die Tafel erinnert an das regimiekritische, so genannte »Querfurter Papier«, das vor 25 Jahren von Christen in der DDR verabschiedet worden war. Auftakt für das Projekt war eine Tagung, die unter dem Motto »Frieden und Gerechtigkeit heute« stand und sich mit der Menschenrechtsbewegung in der DDR befasste.

Zu mehr Widerstand gegen die »Übermacht« von gewaltverherrlichenden Computerspielen und Fil-

men rief der ehemalige DDR-Menschenrechtler und spätere Pfarrer Lothar Tautz bei einer Andacht auf. Friedenserziehung sei ein dauerhaftes Gebot und beginne bereits im Freundeskreis und in der Schule, sagte er mit Blick auf den Amoklauf eines ehemaligen Gymnasiasten, bei dem am Freitag in Erfurt 17 Menschen den Tod fanden. Der Vorsitzende des Vereins »Gegen Vergessen – für Demokratie«, Hans Koschnik, sagte in einem Vortrag, Frieden sei nur dort möglich, wo Menschen in ihrem Anderssein akzeptiert würden.

»Friedenserziehung ist ein dauerhaftes Gebot«

Das »Querfurter Papier« war am 29. April 1977 von den Mitgliedern einer Ökumenischen Arbeitsgemeinschaft unterzeichnet worden. Mit der Aufforderung »Frieden und Gerechtigkeit heute« sollte den Menschen in der DDR Orientierung gegeben und Mut zum Handeln gemacht werden. Das Dokument entstand in enger Verbindung mit der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) und hat Ähnlichkeit mit der tschechischen »Charta 77«.

„Mitteldeutsche Zeitung“, 30. April 2002

„Die Kirche“, 5. Mai 2002

Orte der Zivilcourage

Projekt startete am Wochenende in Querfurt

Querfurt (epd / tdh) – Mit der Enthüllung einer Gedenktafel ist in Querfurt das Projekt „Orte der Zivilcourage“ für Sachsen-Anhalt gestartet worden. Im Rahmen der Initiative wollen die Landeszentrale für politische Bildung und die Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Edda Ahrberg, mit Bildungsveranstaltungen, Publikationen und Gedenktafeln auf Widerstandaktionen in der DDR aufmerksam machen. Das Projekt sei zunächst auf Sachsen-Anhalt beschränkt, sagte Ahrberg. Sie hoffe aber, dass auch andere ostdeutsche Bundesländer die Idee aufgreifen.

Die Tafel erinnert an das regimekritische, so genannte „Querfurter Papier“, das vor 25 Jahren von Christen in der DDR

verabschiedet worden war. Auftakt für das Projekt war eine Tagung, die unter dem Motto „Frieden und Gerechtigkeit heute“ stand und sich mit der Menschenrechtsbewegung in der DDR befasste.

Zu mehr Widerstand gegen die „Übermacht“ von gewaltverherrlichenden Computerspielen und Filmen rief der ehemalige DDR-Menschenrechtler und spätere Pfarrer Lothar Tautz bei einer Andacht auf. Friedenserziehung sei ein dauerhaftes Gebot und beginne bereits im Freundeskreis und in der Schule, sagte er mit Blick auf den Amoklauf eines ehemaligen Gymnasiasten, bei dem in Erfurt 17 Menschen den Tod fanden. Der Vorsitzende des Vereins „Gegen Vergessen – für Demokratie“, Hans Koschnick,

sagte in einem Vortrag, Frieden sei nur dort möglich, wo Menschen in ihrem Anderssein akzeptiert würden.

Das „Querfurter Papier“ war am 29. April 1977 von 61 Mitgliedern einer ökumenischen Arbeitsgemeinschaft in Querfurt unterzeichnet worden. Mit der Aufforderung „Frieden und Gerechtigkeit heute“ sollte den Menschen in der DDR Orientierung gegeben und Mut zum Handeln gemacht werden. Das Dokument entstand in enger Verbindung mit der „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ und hat Ähnlichkeit mit der tschechischen oppositionellen „Charta 77“.

Einen ausführlichen Bericht über die Veranstaltung lesen Sie in der nächsten Ausgabe.

Die Wende ist nicht vom Himmel gefallen

Vor 25 Jahren verfassten katholische und evangelische Christen das „Querfurter Papier“

Querfurt – Mit der Enthüllung einer Gedenktafel an der katholischen Kirche in Querfurt haben die Landeszentrale für politische Bildung und die Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Sachsen-Anhalt ihr Projekt „Orte der Zivilcourage“ gestartet. Das Projekt sollte auf Widerstandsbewegungen in der DDR aufmerksam machen, sagte Stasi-Landesbeauftragte Edda Ahrberg. Die erste Gedenktafel erinnert an das so genannte „Querfurter Papier“. Der dreiseitige Brief, der vor 25 Jahren von katholischen und evangelischen Geistlichen geschrieben und an die Mitarbeiter beider Kirchen gerichtet war, stand auch im Mittelpunkt einer Tagung in Querfurt. Unter dem Titel „Friede und Gerechtigkeit heute“ diskutierten Wissenschaftler, Zeitzeugen und Interessierte über die Ereignisse von damals und ihre Bedeutung für heute. Die Beteiligten würdigten dabei das weitgehend unbekannte gebliebene Papier als einen frühen, wenn auch kleinen Beitrag auf dem Weg zu den politischen Veränderungen von 1989.

Dieter Tautz, katholischer Pfarrer in Eisleben und Mitinitiator des Papiers, verglich die Wende mit einem „großen Fluss“. „Unser Papier ist ein kleines Rinnsal, das in diesen Fluss mündet“, auch der katholische Propst von Dessau, Gerhard Nachweh, würdigte es in diesem Sinne: „Die Wende ist nicht vom Himmel gefallen. Sie hatte Vorkläufer.“ Das Querfurter Papier sei in einer Zeit entstanden, die das Anfang vom Ende der DDR darstelle, sagte der Historiker Hermann-Josef Rupieper (Halle). Die deutlichen Hoffnungen auf politische Veränderungen im Zusammenhang mit dem Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker seien spätestens mit der Ausbürgerung Wolf Biermanns beendet gewesen. Wenig später, am 29. April 1977 wurde das Querfurter Papier unterzeichnet. Unter Berufung auf den christlichen Versöhnungsauftrag forderten sie die Kirchen auf, ihre Ansichten zur Friedensfrage, zum Menschenbild und zur weltweiten Gerechtigkeit politisch zu artikulieren. Hartmut Scheurich

(Eisleben), damals als evangelischer Pfarrer an der Entstehung des Papiers beteiligt: „Wir wollten mit diesem Anliegen in die Öffentlichkeit und haben dabei auf das schützende Dach der Kirche vertraut. Wir hatten die Hoffnung, dass unser Dokument in eine gemeinsame Erklärung der katholischen und evangelischen Bischöfe aufgenommen wird.“ Daraus wurde nichts. „Bitte mischt ihr euch von unten nicht in unsere Kirchenpolitik ein.“ So habe er die erste Reaktion bei der Bischöfe verstanden, erinnert sich Dieter Tautz. Der damalige katholische Bischof Johannes Braun habe das auch deutlich in zwei Briefen artikuliert. Er denke nicht daran, sein gutes Verhältnis zu staatlichen Stellen stören zu lassen, habe er geschrieben. Und Tautz selbst sei gefordert worden, sich auf seine Funktion als Seelsorger zu beschränken. Allerdings seien die Themen des Querfurter Papiers in Hirtenbriefen der katholischen Bischöfe aufgegriffen worden. Ein direkter Zusammenhang lasse sich allerdings nicht verfolgen. Tautz erinnerte auch daran,

dass Braun 1989 als erster katholischer Bischof in der DDR in der Wendezeit deutlich Position bezogen habe. Die Reaktion der evangelischen Kirchenleitung beschrieb der damals dort tätige Harald Schultze (Magdeburg) als „grundsätzliche Solidarisierung und vorsichtige Distanzierung“ durch Bischof Werner Krusche. Er habe gegenüber den staatlichen Stellen das Recht der Verfassung verteidigt, sich in dieser Weise zu artikulieren, sich zugleich aber gegen jede Veröffentlichung ausgesprochen. Zum Verständnis verwies Schultze auf die damals herrschende unklare kirchenpolitische Situation in der DDR, zu der besonders die Selbstverbrennung des evangelischen Pfarrers Oskar Brüsewitz geführt hatte. Die Regelungen zum Verhältnis zwischen der evangelischen Kirche und dem DDR-Staat vom 6. März 1978 seien noch nicht absehbar gewesen. Um der Gefahr entgegenzuwirken, als „Schaltstelle der Konterrevolution“ angesehen zu werden, galt es für die evangelischen Kirche einen eigenständigen

Weg „zwischen der Rolle als Oppositionspartei oder der eines Transmissionsriemens der Partei“ zu finden – in der Hoffnung auf allmählich Veränderungen nach dem Motto „Steter Tropfen höhlt den Stein“.

Diesem von der „Hoffnung auf einen verbesserten Sozialismus“ gekennzeichneten reformatorischen Ansatz im Umgang mit dem DDR-Staat stellte der evangelische Theologe Ehrhart Neubert (Berlin) einen revolutionären Ansatz gegenüber. Dieser sei vor allem durch die Frage nach den Menschenrechten geprägt und habe sich nach der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte von Helsinki im gesamten Ostblock ausgebildet. Der „bedeutendste und klarste Text“ sei die Charta 77. In diesen Zusammenhang gehöre aber auch das „Querfurter Papier“. Bei den Veränderungen von 1989/90 habe sich letztlich der Menschenrechts-Ansatz durchgesetzt. Der Kritik Neuberts hielt Schultze allerdings entgegen, dass auch der Reformflugel Entscheidendes vorangebracht habe.

Martha Holliba

rechte Seite: „Tag des Herrn“, 12. Mai 2002

Ein kleiner Beitrag zur politischen Wende

Zeitzeugen erinnerten an die Entstehung des »Querfurter Papiers« vor 25 Jahren

Mit der Enthüllung einer Gedenktafel an der katholischen Kirche in Querfurt haben die Landeszentrale für politische Bildung und die Landesbeauftragte für die Stasi-Untersuchungen in Sachsen-Anhalt ihr Projekt »Orte der Zivilcourage« gestartet. Das Projekt soll auf Widerstandsbewegungen in der DDR aufmerksam machen, sagte Stasi-Landesbeauftragte Edda Ahberg.

Die erste Gedenktafel erinnert an das so genannte »Querfurter Papier«. Der dreiseitige Brief, der vor 25 Jahren von katholischen und evangelischen Pfarrern geschrieben und an Mitarbeiter beider Kirchen gerichtet war, stand auch im Mittelpunkt einer Tagung am 27. und 28. April in Querfurt. Unter dem Motto »Friede und Gerechtigkeit heute« diskutierten Historiker, Zeitzeugen und Interessierte über die Ereignisse von damals und ihre Bedeutung für heute. Die Beteiligten würdigten dabei das weitgehend unbekannt geblie-

berte Papier als einen frühen, wenn auch kleinen Beitrag auf dem Weg zu den politischen Veränderungen von 1989. Dieter Tautz, katholischer Pfarrer in Eisleben und Mitinitiator des Papiers, verglich die Wende mit einem »großen Fluss«, »Unser Papier ist ein kleines Rinnäli, das in diesen Fluss mündet.«

Anfang vom Ende

Das Querfurter Papier sei in einer Zeit entstanden, die den Anfang vom Ende der DDR darstelle, sagte der Historiker Hermann-Josef Rupieper (Halle). Die deutlichen Hoffnungen auf politische Veränderungen im Zusammenhang mit dem Machtwort von Ulbricht zu Honecker seien spätestens mit der Ausbürgerung Wolf Biermanns beendet gewesen.

Wenig später, am 29. April 1977, wurde das Querfurter Papier unterzeichnet. Unter Berufung auf den christlichen Versöhnungsauftrag forderte es die Kirchen, ihre Ansichten zur Friedensfrage, zum Menschenbild und zur Gerechtigkeit politisch zu artikulieren. Hartmut Evers (Eisleben), damals als evangelischer Pfarrer an der Entstehung des Papiers beteiligt: »Wir wollten mit diesen Anliegen in die Öffentlichkeit und haben dabei auf das schützende Dach der Kirche vertraut. Wir hatten die Hoffnung, dass unser Dokument in eine gemeinsame Erklärung der Bischöfe aufgenommen wird.«

Daraus wurde nichts. »Bitte mischt ihr euch von unten nicht in unsere Kirchenpolitik ein.« So habe er die erste Reaktion beider Bischöfe verstanden, erinnert sich Dieter Tautz. Der damalige katholische Bischof Johannes Braun habe das auch in zwei Briefen deutlich gemacht. Er denke nicht daran, sein gutes Verhältnis zu staatlichen Stellen stören zu lassen, habe er damals mitgeteilt. Die Reaktion der evangelischen Kirchenleitung beschrieb der damals



Der katholische Pfarrer Dieter Tautz (li.) und sein Namensvetter, der frühere evangelische Pfarrer Lothar Tautz, bei der Enthüllung der Gedenktafel.
Foto: Stefan Wenzel

dort tätige Harald Schultze (Magdeburg) als »grundständige Solidarierung und vorsichtige Disziplinierung durch Bischof Werner Krusche. Er habe gegenüber den staatlichen Stellen das Recht der Verfasser verteidigt, sich in dieser Weise zu artikulieren.

sich zugleich aber gegen jede Verflechtung ausgesprochen. Zum Verständnis seines Schutzes auf die damals herrschende unklare kirchenpolitische Situation in der DDR, zu der besonders die Selbstverpflichtung von Pfarrer Oskar Bösewitz geführt habe. Um der Gefahr entgegen zu wirken, als »Schaltstelle der Konterrevolution« angesehen zu werden, galt es für die evangelische Kirche einen eigenständigen Weg »zwischen der Rolle als Oppositionspartei oder der eines Transmissionsriemens der Partei« zu finden – in der Hoffnung auf allmähliche Veränderungen.

Diesem von der »Hoffnung auf einen verbesserten Sozialismus« gekennzeichneten Verhältnis im Umgang mit dem DDR-Staat stellte der Berliner Theologe Eberhard Neubert einen revolutionären Ansatz gegenüber. Der sei vor allem durch die Frage nach den Menschenrechten geprägt und habe sich nach der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte im gesamten Ostblock ausgebildet. Der »bedeutendste und klarste Text« sei die Charta 77. In diesem Zusammenhang gebore aber auch das »Querfurter Papier«.

Martin Holthaus

Orte der Zivilcourage für Demokratie

»Orte der Zivilcourage« heißt ein am 27. April für Sachsen-Anhalt gestartetes Projekt, mit dem an den Mut des Widerstands in der DDR erinnert werden soll. Im Rahmen der Initiative

INITIATIVE

zentrale für politische Bildung und die Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen mit Bildungsveranstaltungen, Publikationen und Gedenktafeln auf Widerstandskämpfen aufmerksam machen. Die Stadt und der Zeitpunkt für die Enthüllung der ersten Gedenktafel wurden bewusst gewählt. Im Pfarrhaus der katholischen Erlöserkirche in Querfurt hatten Christen vor 25 Jahren das regimekritische »Querfurter Papier« verabschiedet. Inzwischen, so sieht es der Mitinitiator Lothar Tautz, sei zwar viel über die Widerstandsbewegung in der DDR geforscht worden. Doch wichtige regionale Personen und Ereignisse sind schon heute weithin vergessen.

Die Aktion begann im Rahmen einer Tagung, die sich mit der Menschenrechtsbewegung in der DDR befasste. Die Friedensbewegung gehört dazu. Denn Frieden sei nicht nur Abrüstung und Waffenruhe, sondern müsse mit Gerechtigkeit untrennbar verbunden werden, forderte Hans Koschnick, Vorsitzender des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie bei einer Podiumsdiskussion. An der Debatte nahm auch der Mitunterzeichner der tschechischen »Charta 77«, Jaroslav Sabata, teil. Acht Jahre war er inhaftiert.

Für den Berliner Theologen und Soziologen Eberhard Neubert ist die Tradition der Bewegungen für Menschenrechte und Demokratie in der DDR »das Fundament, auf dem Europa seine Identität aufbauen kann«. Nach Ansicht von Dieter Tautz fiel die friedliche Revolution 1989 jedoch »nicht vom Himmel«. Sie war »Folge vieler kleiner Rinnäle« wie des Querfurter Papiers, die zum Strom wurden, sagte Tautz, der als katholischer Vikar die Schrift mit vorbereitet hatte. An den 9. Oktober wie 17. Juni sollte aktiv erinnert werden.

Das Manifest war am 29. April 1977 von 61 Mitgliedern einer ökumenischen Predigt Arbeitsgemeinschaft unterzeichnet worden. Mit der Aufforderung »Frieden und Gerechtigkeit heute« sollte den Menschen in der DDR Orientierung gegeben werden. So wurde auch die »Militarisierung des Denkens und des Lebens« kritisiert und das von der DDR-Führung propagierte »Prinzip des Klassenkampfes« abgelehnt. Die Initiatoren forderten den Staat auf, Christen nicht mehr zu benachteiligen und die Ein- und Ausreisbeschränkungen aufzugeben. Das Dokument entstand in enger Verbindung mit der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und hat Ähnlichkeit mit der Charta 77.

KONTAKT: Landeszentrale für politische Bildung, Schleierufer 12, 39104 Magdeburg.
Tel. 0391/565340



Hans Koschnick: »Orte der Erinnerung und Mahnung für Menschenrechtsverletzungen schaffen«

»Die Kirche«, 12. Mai 2002

»Publik Forum«, 9 / 2002

LITERATURVERZEICHNIS (AUSWAHL)

- Faulenbach, Bernd /
Potthoff, Heinrich (Hg.): Die deutsche Sozialdemokratie und die
Umwälzung 1989/90, Klartext-Verlag 2001,
S. 32
- Goertz, Joachim (Hg.): Die Solidarische Kirche in der DDR, Basis-
druck, 1999, S. 71 ff.
- Herold, Claus: Als katholischer Seelsorger in der DDR,
LStU Sachsen-Anhalt, Magdeburg 1998
- Herold, Claus: Der Aktionskreis Halle, LStU Sachsen-Anhalt,
Magdeburg 1999
- Henke, Klaus-Dietmar
u. a. (Hg.): Widerstand und Opposition in der DDR,
Böhlau 1999, S. 292 f, 304 f.
- Hildebrandt, Annette /
Tautz, Lothar: Don't Worry, Be Happy!, mdv 2000, S. 70–72
- Kuhr, Eberhard u. a. (Hg.): Opposition in der DDR von den 70er Jahren
bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft,
Leske+Budrich 1999, S. 86
- Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR, Ch.
Links Verlag 1997; Querfurter Papier, in Lexi-
kon Opposition und Widerstand in der SED-
Diktatur, Propyläen 2000, S. 291 f.
- Rupieper, Hermann-Josef
(Hg.): Friedliche Revolution 1989/90 in Sachsen-
Anhalt, mdv 2000, S. 67
- Sallmann, Salli: Als ich wie ein Vogel war, Gerulf Pannach –
die Texte, Schwarzkopf und Schwarzkopf
1999
- Schultze, Harald (Hg.): Das Signal von Zeitz, EVA 1993
- Tautz, Lothar /
Radeke, Christian: Warte nicht auf bess're Zeiten, mdv 1999
-

BIOGRAPHISCHE ANGABEN DER AUTORINNEN UND DER AUTOREN

Martin Herche

Geboren 1953 in Wriezen, Theologiestudium in Naumburg und Berlin, ordi-
niert 1982, Pfarrer in Heringen, Superintendent in Heiligenstadt, seit 2001
Propst im Sprengel Halle/Naumburg, Vorsitzender des Gustav-Adolf-Wer-
kes der Kirchenprovinz Sachsen

Dr. Claus Herold

1929 geboren in Halle/Saale, 1947 Flucht aus der SBZ, 1949 Abitur in War-
burg (Westfalen), 1949–1952 Theologiestudium in Paderborn und München,
1952 Übersiedlung in die DDR, 1954 Priesterweihe, 1954 Kuratus in Bad
Schmiedeberg und Jugendseelsorger in Wittenberg, 1957 Vikar in Magde-
burg, 1961 Jugendseelsorger in der Diözese Magdeburg, 1968–1995 Pfar-
rer in Heilig Kreuz Halle/Saale, Dechant des Dekanats Halle-Merseburg,
1969–1995 Mitbegründer und Protagonist des kirchen- und gesellschafts-
kritischen „Aktionskreis Halle“ (AKH), Moderator des Runden Tisches im
Bezirk Halle.

Brigitte Herrmann

Geboren 1926, Pfarrerin i. R. in Obhausen bei Querfurt.

Wiebke Jannsen

Geboren 1972 in Sande / Friesland, Abitur, 1992–1998 Studium Geschich-
te, Politikwissenschaft und Volkskunde in Marburg und Göttingen, Master-
abschluss, Seit 1999 Doktorandin am Institut für Geschichte der Martin-
Luther-Universität Halle-Wittenberg, Veröffentlichungen zur DDR-Geschichte.

Dr. h. c. Hans Koschnick

Geboren 1929 in Bremen, Verwaltungslaufbahn, 1950 Mitglied der SPD, 1955
Mitglied der Bremischen Bürgerschaft, 1963 Senator, 1967–1985 Regie-
rungschef (Bremischer Senatspräsident), 1970–1991 Mitglied des Bundes-
vorstandes der SPD, 1975–1979 Stellv. von Willy Brandt im Parteivorsitz,
1987–1994 MdB, 1994–1996 Europäischer Administrator der Stadt Mostar
in Bosnien-Herzegowina, seitdem engagiert in Flüchtlingsfragen für Südost-
Europa. 2000 Vorsitzender des Vereins „Gegen Vergessen – Für Demokra-
tie e. V.“

Christian Kunert

Geboren 1952 in Leipzig, Thomaner, Studium Germanistik und Posaune, ab 1972 Organist, Sänger und Komponist bei der „Klaus-Renft-Combo“, musikalische Zusammenarbeit mit Gerulf Pannach, 1975 Berufsverbot, 1976 Inhaftierung als Protagonist der Biermann-Protestbewegung, 1977 Abschiebung nach Westberlin, musikalische Zusammenarbeit mit Gerulf Pannach bis zu dessen Tod 1998, seit 1999 wieder Rocker in der Renft-Combo.

Dr. Gerhard Nachtwei

Geboren am 16. 4. 1944 in Bitterfeld, 1989 Pfarrer in Magdeburg Neustadt, 1990–1997 Seelsorgeamtsleiter im Bistum Magdeburg, seit 2001 Propst in Dessau.

Dr. Ehrhart Neubert

Geboren 1940 in Herschdorf/Thüringen. 1958 Abitur, 1958–1963 Theologiestudium in Jena, 1964–1984 Vikar und Pfarrer in Niedersynderstedt/Thüringen, ab 1973 auch Studentenpfarrer in Weimar, 1984 Referent für Gemeinde-soziologie in der Studienabteilung beim Bund der Evangel. Kirchen in der DDR, 1992–1994 Mitarbeiter Bündnis 90/Die Grünen im Brandenburgischen Landtag, 1996 Bürgerbüro zur Aufarbeitung von Folgeschäden der SED-Diktatur, 1997 Fachbereichsleiter Bildung und Forschung BStU,

Seit 1979 Friedensarbeit in der Studentengemeinde, soziologische Studien zu sozialemischen Fragen (oppositionelle Gruppen in der DDR 1985), 1989 Gründungsmitglied Demokratischer Aufbruch, Vertreter des DA am Zentralen Runden Tisch, 1996 CDU, 1998 Vorstandsmitglied der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Jaroslav Šabata

Geboren 1927 in Tullnütz bei Znaim / Südmähren, Studium der Philosophie, Geschichte und Psychologie in an der Universität in Brünn. Hier auch bis 1969 Assistent und Dozent, seit 1964 Lehrstuhl der Psychologie. Beteiligte sich an der Reformbewegung des Prager Frühlings. Im November 1971 wegen „staatsfeindlicher“ Tätigkeit verhaftet und zu 6 ½ Jahren Gefängnis verurteilt. Im Dezember 1976 freigelassen, Unterzeichner der Charta 77. 1978–1981 Sprecher der Charta 77 (unterdessen weitere 2 Jahre Haft). Befürworter der Zusammenarbeit mit den westlichen Friedensbewegungen. Im November 1989 Gründer des „Brünner Bürgerforums“. 1990–1992 Mitglied der Federalversammlung zum Minister der Tschechischen Regierung. Aktives Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und Organisator der deutsch-tschechischen Foren.

Dr. Hartmut Scheurich

Geboren 1939 in Schneidemühl, 1958–1964 Theologiestudium in Halle/Saale, Tübingen, Wien und Marburg, 1977 Dissertation über Karl Rahner (Das anonyme Christentum), Pfarrer in Osterhausen/Querfurt 1970–1982, Halle/Saale (Marktkirche) 1983–1991, Superintendent in Lutherstadt Eisleben 1992–2002.

Prof. Dr. Harald Schultze

Geboren 1934 in Jena, Oberkonsistorialrat i. R., 1963 Ordination, 1964 Promotion an der Theologischen Fakultät Jena, 1963–1967 Pfarrer in Hirschberg (Thüringen), 1967–1972 Dozent für Systematische Theologie am Katechetischen Oberseminar Naumburg, 1973–1986 Oberkonsistorialrat im Konsistorium der Kirchenprovinz Sachsen, Magdeburg, 1986–1991 Dozent für Praktische Theologie am Sprachenkonvikt Berlin, 1991–1999 Beauftragter der Evang. Kirchen bei Landtag und Landesregierung Sachsen-Anhalt, 1993–2000 Richter am Landesverfassungsgericht Sachsen-Anhalt

Dieter Tautz

Geboren 1934 in Dessau, Ausbildung im Philosophisch-Theologischen Studium am Erfurter Dom, 1959 Ordination, anschließend Vikar in Osterhausen, Aschersleben und Sittichenbach, seit 1982 Pfarrer in der Lutherstadt Eisleben.

Lothar Tautz

Geboren 1950 in Erfurt, 1966–1969 Ausbildung als Maschinenbauer mit Abitur, 15. April 1968 Kandidat der SED, 28. August 1968 Austritt aus der SED, 1970 Konfirmation, Chefrequisiteur der Städtischen Bühnen Erfurt 1973–1980 Theologie- und Pädagogikstudium in Naumburg und Berlin, 1981, Vikar, Pfarrer sowie Geschäftsführer des Evangelischen Kirchentags in der Kirchenprovinz Sachsen, 1989/90 Moderator am Runden Tisch Weißenfels, Mitarbeiter im Außen- und Handelsministerium der DDR.

Seit 1976 Mitarbeit in verschiedenen Oppositionsgruppen in der DDR, u. a. Naumburger Menschenrechtsgruppe, „Frieden '83“ Wittenberg, Weißenfelser Umweltgruppe, „Solidarische Kirche“ in der DDR, SDP seit 1989.

Ab 3. Oktober 1990 Bundesministerium für Wirtschaft, Landesgeschäftsführer SPD Sachsen-Anhalt, Leiter Ministerpräsidentenbüro Staatskanzlei, seit Juni 2002 Referatsleiter Landeszentrale für politische Bildung in Sachsen-Anhalt.

Wolfgang Thierse

Geboren am 22. Oktober 1943 in Breslau, katholisch, nach dem Abitur Lehre und Arbeit als Schriftsetzer in Weimar, seit 1964 in Berlin Studium an der Humboldt-Universität, anschließend wissenschaftlicher Assistent im Bereich Kulturtheorie/Ästhetik der Berliner Universität bis 1975, 1975–1976 Mitarbeiter im Ministerium für Kultur der DDR, 1977–1990 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Akademie der Wissenschaften der DDR, im Zentralinstitut für Literaturgeschichte.

Bis Ende 1989 parteilos, Anfang Oktober 1989 Unterschrift beim Neuen Forum, Januar 1990 Eintritt in die SPD, Juni bis September 1990 Vorsitzender der SPD/DDR, Mitglied der Volkskammer vom 18. März bis 2. Oktober 1990, Stellvertretender Vorsitzender der SPD.

Mitglied des Bundestages seit 3. Oktober 1990, 1990–1998 stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion, seit 26. Oktober 1998 Präsident des Deutschen Bundestages.

Wolfgang Ullmann

Geboren 1929 in Bad Gottleuba/Sachsen, 1948 Abitur, 1948–1954 Theologiestudium in Westberlin und Göttingen, Promotion, 1954 Rückkehr in die DDR, Pfarrer in Sachsen, 1963–1990 Kirchengeschichtler an den Kirchlichen Hochschulen in Naumburg und Ostberlin, Delegierter beim Weltkirchenrat, 1986–1989 Arbeitskreis „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“, 1989 Gründung von „Demokratie Jetzt“, Zentraler Runder Tisch der DDR, 1990 Minister ohne Geschäftsbereich in der Modrow-Regierung, April 1990 Vizepräsident der Volkskammer für Bündnis 90, Oktober 1990 MdB, 1994–1999 MdEP.

Impressum

Lothar Tautz (Hrsg.):

Friede und Gerechtigkeit heute.

Das „Querfurter Papier“ – ein politisches Manifest für die Einhaltung der Menschenrechte in der DDR

(Reihe „Sachbeiträge“, Teil 22)

Herausgeber: Die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt

(Telefon: 03 91 - 5 67 50 51)

Magdeburg, November 2002

Layout: Stefan Nowotzin

Druck: JVA Naumburg – Arbeitsverwaltung